



HESSISCHER LANDTAG

29. 06. 2021

Kleine Anfrage

Karl Hermann Bolldorf (AfD), Erich Heidkamp (AfD), Klaus Gagel (AfD) und Bernd-Erich Vohl (AfD) vom 05.05.2021

Umweltmanagement nach EU-Kriterien: EMAS-Validierung der hessischen Finanzverwaltung – Teil I

und

Antwort

Minister der Finanzen

Vorbemerkung Fragesteller:

In einer am 23. April 2021 veröffentlichten Presseinformation stellt das Hessische Finanzministerium (im Folgenden HMdF) ausführlich die im Zuge der EMAS-Validierung getroffenen Nachhaltigkeits- und Umweltschutzmaßnahmen in der Hessischen Finanzverwaltung dar. Dies betrifft drei Standorte; die Finanzämter Eschwege-Witzenhausen und Korbach-Frankenberg sowie den Standort Kassel des Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen (LBIH). „Eco Management and Audit Scheme“ (EMAS) ist ein von der EU entwickeltes System des Umweltmanagements bzw. der Umweltbetriebsprüfung in Organisationen, Unternehmen und Behörden. Teilnehmende Organisationen verpflichten sich zu einer umweltgerechten und nachhaltigen Betriebsführung, der systematischen Verbesserung der Ressourceneffizienz sowie zur Erhöhung ihrer Rechtssicherheit in Bezug auf nationales und europäisches Umweltrecht. Die Verpflichtung des HMdF ist mit der „Umwelterklärung 2020“ erfolgt.

Auf dem Internetauftritt des Umweltbundesamtes wird zudem betont, dass sich EMAS-Organisationen „zu einem über ihre gesetzlichen Pflichten hinausgehenden betrieblichen Umweltschutz“ verpflichten. Neben der strengen internen Eigenüberwachung, sog. Audits, wird die Rechtskonformität teilnehmender EMAS-Organisation zudem durch „unabhängige und staatlich für die betreffende Branche zugelassene Umweltgutachter“ überprüft. Vollzugsbehörden gewähren EMAS-Unternehmen im Rahmen der Eigenüberwachungssystematik zunehmend Vollzugs- und Gebührenerleichterungen sowie Befreiungen von gesetzlichen Berichtspflichten.

→ www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt/umwelt-energiemanagement/e-mas-umweltmanagement-guetesiegel-der-europaeischen

Vorbemerkung Minister der Finanzen:

Bei EMAS („Eco Management and Audit Scheme“) handelt es sich um ein von der EU entwickeltes System des Umweltmanagements in Organisationen, Unternehmen und Behörden. EMAS ist im Jahr 2019 in den Finanzämtern Eschwege-Witzenhausen und Korbach-Frankenberg sowie der Niederlassung Nord des Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen (LBIH) als betriebliches Umweltmanagementsystem eingeführt worden. Die drei Dienststellen dienen dabei als Pilotdienststellen. Ziel ist es, aus den Erkenntnissen im Pilotprojekt abzuleiten, wie Prozesse in der Finanzverwaltung nachhaltiger und umweltschonender gestaltet werden können. Damit sollen weitere Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um als Finanzverwaltung in Vorbildfunktion zur Hessischen Nachhaltigkeitsstrategie, insbesondere dem landesweiten Ziel der CO₂-Neutralität bis 2030, beitragen zu können. Mit einem systematischen Umweltmanagement wird damit der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nachgekommen. Die Finanzverwaltung bietet mit 16.000 Kolleginnen und Kollegen für dieses Engagement eine starke Basis und Wirkungsmöglichkeiten ganz im Sinne der Nachhaltigkeit.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie hoch waren die internen und externen Kosten für die Einführung von EMAS in der Hessischen Finanzverwaltung seit Projektstart im Jahr 2019 (Bitte differenzieren nach jährlichen Kosten.)?

Mit der Einführung war ein Projektteam befasst. Aus diesem Team waren vier Personen seit November 2019 zu jeweils etwa 10 % bis 20 % und eine Person mit durchschnittlich ca. 30 % ihrer Arbeitszeit mit der Einführung von EMAS befasst.

Externe Kosten sind dabei in folgender Höhe verteilt in den Jahren angefallen: Im Jahr 2019 5.000 € (Schulung und Beratung zum Aufbau des Systems), im Jahr 2020 27.000 € (Schulung, Durchführung von Audits, Validierung, Umweltberichterstattung/Layout) und im Jahr 2021 2.600 € (Mitarbeiterschulung, Registrierungsgebühr, Umweltberichterstattung/Druck).

Frage 2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung im Kontext der „EMAS-Validierung“ zur Ressourceneinsparung und CO₂-Reduktion, zur umweltfreundlichen Gebäudenutzung und zur Digitalisierung der Verwaltung umgesetzt?

Die einzelnen Maßnahmen sind transparent in der Umwelterklärung beschrieben. Hierzu gehört beispielhaft die zeitnahe Ausstattung mit E-Fahrzeugen, Notebooks und digitalen Besprechungsmöglichkeiten oder die Prüfung und Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen und der Nutzung erneuerbarer Energien. Die Umwelterklärung ist als Anlage beigefügt.

Frage 3. Wie hat sich der CO₂-, Energie-, Papier- und Wasserverbrauch in den drei EMAS-zertifizierten Dienststellen der Finanzverwaltung seit 2019 entwickelt?

Die konkreten Verbräuche werden derzeit ermittelt und können der nächsten Umwelterklärung entnommen werden.

Frage 4. Wie bewertet die Landesregierung die bisherige Umsetzung der liegenschaftsspezifischen Umweltprogramme der drei EMAS-Dienststellen?

Frage 5. Wo sieht die Landesregierung hinsichtlich der in Frage 4 angesprochenen Umsetzung Verbesserungsbedarf?

Die Fragen 4 und 5 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Umsetzung der Umweltprogrammepunkte und deren Bewertung ist ein grundlegender Bestandteil des integrierten Managementsystems der drei Dienststellen und erfolgt kontinuierlich im laufenden Prozess innerhalb der Finanzverwaltung. Erste Analysen zur Wirksamkeit von Maßnahmen lassen sich erst nach Auswertung sämtlicher Daten durchführen. Die Wirksamkeitsbeurteilung der Maßnahmen kann ebenso der nächsten Umwelterklärung entnommen werden.

Frage 6. Lassen sich seit der EMAS-Einführung eine Veränderung des Umweltbewusstseins der Beschäftigten sowie Auswirkungen auf den Arbeitsalltag, das Betriebsklima und die Mitarbeiterzufriedenheit in den drei Dienststellen feststellen?

Die Resonanz auf Umweltschutzmaßnahmen und die Bereitschaft, Ressourcen einzusparen und Ideen einzubringen, ist beeindruckend groß und außerordentlich positiv. Über die Sensibilisierungsmaßnahmen im Rahmen von EMAS konnte das Bewusstsein weiter verstärkt werden.

Frage 7. Wie oft wurden seit Projektstart im Jahr 2019 interne Umweltbetriebsprüfungen und Überprüfungen durch externe Umweltgutachter in den drei Dienststellen durchgeführt?

Bislang fanden jeweils einmal interne und externe Audits statt. Diese werden künftig jährlich wiederholt.

Frage 8. Wie viele neue Stellen zur Durchführung der internen und externen Audits wurden in der hessischen Landesverwaltung geschaffen?

Es wurden keine neuen Stellen zur Durchführung von Audits geschaffen.

Frage 9. Wie hoch ist der Schulungsaufwand (Euro und Stunden) im Ministerium und den Dienststellen?

Der bisherige Schulungsaufwand beschränkt sich auf vier Workshops zur Einführung des Systems und eine Mitarbeiterschulung, die extern erbracht wurden. Hinsichtlich der Kosten wird auf die Antwort zur Frage 1 verwiesen.

Weitere Schulungs- bzw. Sensibilisierungsmaßnahmen werden in bestehende Formate, beispielsweise in reguläre Dienstbesprechungen, und in den Arbeitsalltag integriert und intern erbracht.

Frage 10. Wie hoch ist der Zeitbedarf im Ministerium und den Dienststellen, um diese Audits durchzuführen?

Der Zeitbedarf des Projektteams lag bei den vergangenen beiden Audits bei jeweils drei Arbeitstagen.

Wiesbaden, 23. Juni 2021

Michael Boddenberg

Anlage(n):

Die komplette Drucksache inklusive der Anlage(n) kann im Landtagsinformationssystem unter:

➔ <http://starweb.hessen.de> abgerufen werden.

Hessisches Ministerium
der Finanzen

HESSEN



- Finanzamt Eschwege-Witzenhausen
- Finanzamt Korbach-Frankenberg
- Landesbetrieb Bau- und Immobilien Hessen,
Niederlassung Nord - Goethestraße Kassel

Umwelterklärung 2020





5	VORWORT
6	DER GESCHÄFTSBEREICH DES HESSISCHEN MINISTERIUMS DER FINANZEN
7	DIE EMAS-DIENSTSTELLEN UND LIEGENSCHAFTEN
7	FINANZAMT ESCHWEGE-WITZENHAUSEN
→	HAUPTGEBÄUDE IN ESCHWEGE
→	NEBENSTELLE IN ESCHWEGE
→	VERWALTUNGSSTELLE IN WITZENHAUSEN
10	FINANZAMT KORBACH-FRANKENBERG
→	VERWALTUNGSSTELLE IN KORBACH
→	VERWALTUNGSSTELLE IN FRANKENBERG
12	NIEDERLASSUNG NORD DES LBIH
→	STANDORT IN KASSEL - GOETHESTRASSE 46
14	UMWELTLEITLINIEN DER HESSISCHEN FINANZVERWALTUNG
14	UMWELTZIELE UND MAßNAHMEN
15	STRATEGISCHE UMWELTZIELE
16	OPERATIVE UMWELTZIELE
17	ABGESCHLOSSENE MAßNAHMEN
18	ANSTEHENDE MAßNAHMEN
19	UMWELTMANAGEMENTSYSTEM
21	UMWELTASPEKTE
21	BEWERTUNG DER UMWELTASPEKTE
23	BESCHREIBUNG DER BEDEUTENDEN UMWELTASPEKTE, UMWELTRELEVANTER VERBRAUCHSDATEN UND MAßNAHMEN
→	ENERGIE
→	WASSER/ABWASSER
→	ABFALL
→	PAPIERVERBRAUCH
→	GEBÄUDEBEZOGENE EMISSIONEN
→	MOBILITÄT UND CO _{2e} -EMISSIONEN
→	GESAMTEMISSIONEN (GEBÄUDE UND MOBILITÄT)
→	BIOLOGISCHE VIELFALT - FLÄCHENNUTZUNG
→	NACHHALTIGE BESCHAFFUNG
46	WESENTLICHE UMWELTRECHTLICHE ANFORDERUNGEN UND DEREN EINHALTUNG (RECHTSKATASTER)
48	GÜLTIGKEITSERKLÄRUNG
50	IMPRESSUM





**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

Umwelt- und Klimaschutz ist eines der großen Zukunftsthemen und inzwischen längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Das lässt sich nicht nur im privaten Alltag beobachten, sondern in unserem Fall auch anhand der großen Resonanz der Beschäftigten der hessischen Finanzverwaltung ablesen. Immer wieder erreichen uns Anregungen und Ideen oder es werden in eigener Initiative Aktionen für mehr Umwelt- und Klimaschutz und Nachhaltigkeit geplant und umgesetzt.

Nachhaltigkeit gehört zum zentralen Leitbild der hessischen Landesverwaltung. In diesem Sinne wurde bereits im Jahr 2008 die „Nachhaltigkeitsstrategie Hessen“ ins Leben gerufen. Als Plattform für die gemeinsame Arbeit für mehr Nachhaltigkeit widmen sich unter diesem Dach Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Gesellschaft aus ganz Hessen wechselnden thematischen Schwerpunkten und verwirklichen verschiedene Projekte. Dazu zählt die im Hessischen Ministerium der Finanzen angesiedelte Initiative „CO₂-neutrale Landesverwaltung“, die das Ziel verfolgt, unter Einbeziehung aller Ressorts ab dem Jahr 2030 klimaneutral zu arbeiten. Sehr erfolgreich ist bereits das Projekt „Nachhaltige Beschaffung“ gewesen: Mit dem zum 1. März 2015 in Kraft getretenen Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz und unterstützt durch Produktleitfäden, ist es für die Beschafferinnen und Beschaffer vor Ort möglich, an Produkte und Dienstleistungen soziale und ökologische Anforderungen zu stellen und so zu einer immer nachhaltigeren und fairen öffentlichen Beschaffung beizutragen.

Als öffentliche Verwaltung haben wir als weiteren Baustein für systematischen Umweltschutz 2019 die Stärkung des betrieblichen Umweltmanagements aufgegriffen und mit dem Aufbau eines Umweltmanagementsystems nach EMAS (Eco Management and Audit Scheme) begonnen. Damit wollen wir unserer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung weiter und verstärkt gerecht werden. Als Pilotprojekt für das Finanzressort starteten die Finanzämter Korbach-Frankenberg und Eschwege-Witzenhausen sowie die Niederlassung Nord des Landesbetriebs Bau und Immobilien Hessen (im Folgenden „EMAS-Dienststellen“) den Weg zur Validierung. Ziel der Einführung von EMAS ist, systematisch und kontinuierlich alle bedeutenden Umweltauswirkungen zu ermitteln, unser Handeln selbst immer wieder auf den Prüfstand zu stellen und Verbesserungspotenziale aktiv anzugehen. Dazu zählen beispielsweise der Wasserverbrauch und die Gebäudeemissionen der jeweiligen Dienststellen sowie der durch Arbeitswege und Dienstreisen verursachte CO₂-Ausstoß. Wir wollen zudem Nachhaltigkeits- und Umweltschutzaspekte noch stärker in unsere Organisation integrieren, etwa durch die Umstellung des Fuhrparks auf E-Fahrzeuge oder die weitere Flexibilisierung von Arbeitsort und -zeit.

Mit dieser Umwelterklärung möchten wir Sie über unsere Verwaltung und das Pilotprojekt informieren, unsere Leistungen im Umweltbereich transparent darstellen und unsere Leitlinien, Ziele und Maßnahmen bezüglich der Verbesserung unserer Umweltleistung erläutern. Die Information der Öffentlichkeit zu unseren bisherigen Ergebnissen im Rahmen der EMAS-Validierung soll größtmögliche Transparenz sicherstellen und Unternehmen sowie Institutionen, aber auch Bürgerinnen und Bürger inspirieren, nachhaltiges Handeln in ihren Alltag zu integrieren.

Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen!

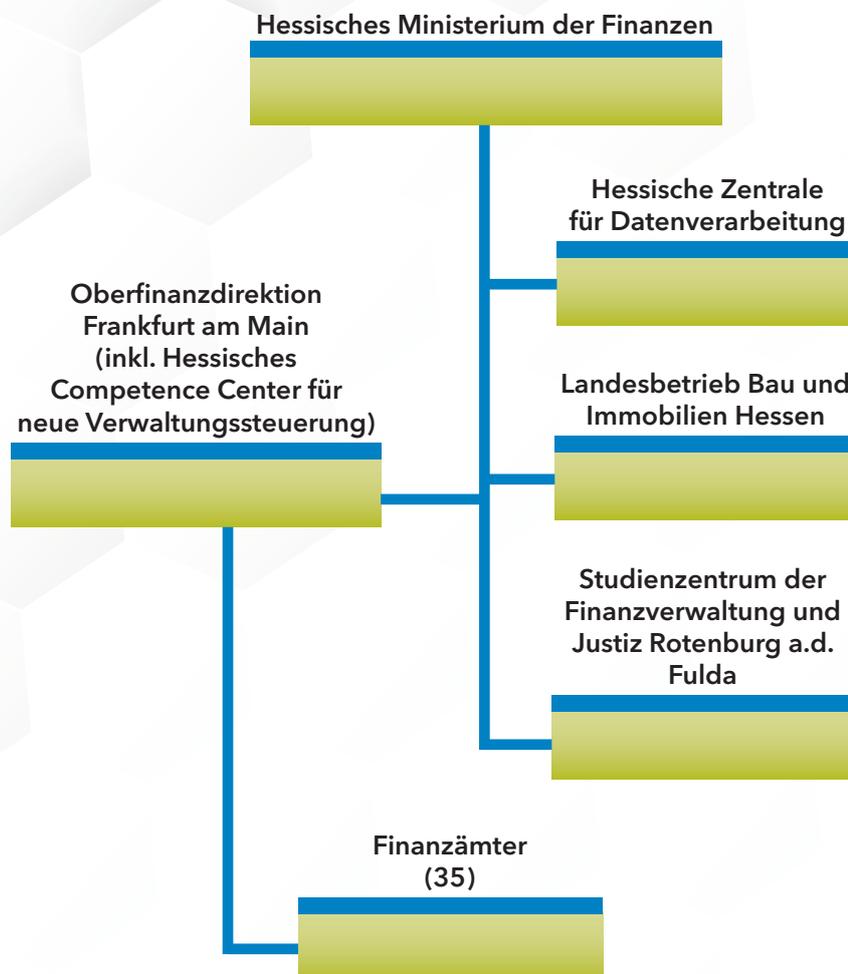
Michael Boddenberg
Hessischer Minister der Finanzen

DER GESCHÄFTSBEREICH DES HESSISCHEN MINISTERIUMS DER FINANZEN

Das Hessische Ministerium der Finanzen in Wiesbaden (HMdF) hat als eine der obersten Landesbehörden Hessens einen vielfältigen Geschäftsbereich. Ein wichtiger Aufgabenbereich und Baustein für das Land Hessen ist die Erhebung von Steuern zur Finanzierung eines funktionierenden Gemeinwesens. Diese Aufgabe übernehmen in

Studienzentrum der Finanzverwaltung und Justiz in Rotenburg an der Fulda ausgebildet.

Zum Geschäftsbereich gehören neben der Steuerverwaltung auch die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) als IT-Dienstleister für die Hessische Landesverwaltung sowie das Hessische



der hessischen Steuerverwaltung über 11.000 Mitarbeiter*innen in den 35 hessischen Finanzämtern und der Oberfinanzdirektion Frankfurt a.M. (OFD), der als Mittelbehörde die Dienst- und Fachaufsicht obliegt. Der steuerliche Fachnachwuchs wird im

Competence Center für neue Verwaltungssteuerung (HCC) als Teil der OFD und als zentraler Dienstleister der hessischen Landesverwaltung für Beschaffung, die Finanzbuchhaltung und für die Entwicklung und Wartung der SAP-Systeme.

Zudem ist der Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) Teil des Geschäftsbereichs und übernimmt im Auftrag des Landes Hessen operative Aufgaben im Hochbau und Immobilienmanagement und baut, erhält und verwaltet als Komplettanbieter landeseigene Immobilien. Der LBIH übernimmt auch die Projektrealisierung bei Bauangelegenheiten des Bundes in Hessen.

DIE EMAS-DIENSTSTELLEN UND LIEGENSCHAFTEN

Den Aufbau eines Umweltmanagementsystems begleitet im Rahmen eines Pilotprojekts zunächst drei Dienststellen – die Finanzämter Eschwege-Witzenhausen und Korbach-Frankenberg, sowie die Niederlassung Nord des LBIH. Das Umweltmanagementsystem umfasst bislang die im folgenden vorgestellten Liegenschaften und den Einflussbereich der Dienststellen durch ihre jeweiligen Aufgabenbereiche.

FINANZAMT ESCHWEGE-WITZENHAUSEN

NACE-CODE: 84.11

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Der Zuständigkeitsbereich des Finanzamts umfasst den Landkreis Werra-Meißner.

Für die im Zuständigkeitsbereich des Finanzamts Eschwege-Witzenhausen wohnhaften Personen, sowie für selbständig oder gewerblich tätige Personen, nimmt das Finanzamt Eschwege-Witzenhausen folgende Aufgaben wahr:

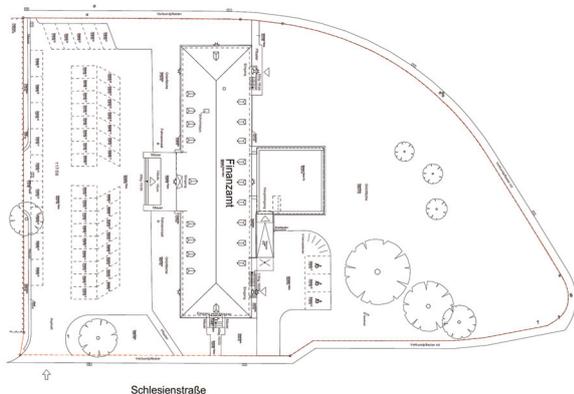
- ▶ Festsetzung der Einkommensteuer (einschließlich Förderung des Wohneigentums), Lohnsteuer und der zumeist besser unter dem Namen „Mehrwertsteuer“ bekannten Umsatzsteuer
- ▶ Feststellung des Gewinns von Personengesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen

- ▶ Festsetzung der Gewerbesteuermessbeträge, die den Gemeinden als Grundlage für die Festsetzung der Gewerbesteuer dienen
- ▶ Besteuerung und Steuerfreistellung von Vereinen
- ▶ Bewertung des Grundbesitzes, welche u.a. den Gemeinden als Grundlage für die Erhebung der Grundsteuer dient
- ▶ Betriebs- und Lohnsteuerprüfung

Weitere Aufgaben werden aus organisatorischen Gründen von anderen hessischen Finanzämtern wahrgenommen.

Das Finanzamt Eschwege-Witzenhausen ist in mehreren Gebäuden untergebracht. Der Standort Eschwege umfasst drei Gebäude und der Standort Witzenhausen ein Gebäude.

Die Gebäude befinden sich im Landeseigentum und sind mit dem ÖPNV erreichbar. Die unterschiedlichen Liegenschaften befinden sich im ländlichen Raum und grenzen an andere Bundesländer an. Aufgrund der Ländergrenzen gestaltet sich ein geregelter grenzüberschreitender ÖPNV als schwierig, so dass der Weg zur Arbeit von vielen Bediensteten mit dem privaten Fahrzeug getätigt werden muss. Das öffentliche Verkehrsnetz ist im ländlichen Raum nicht so gut ausgebaut, sodass sich für die Bediensteten oftmals keine Alternative zum PKW bietet. Die wenigsten Kolleg*innen sind am Arbeitsort auch wohnhaft und somit darauf angewiesen, über teilweise beträchtliche Strecken zu pendeln.



HAUPTGEBÄUDE IN ESCHWEGE

Adresse	Schlesienstraße 2 37269 Eschwege
Fläche	rd. 3.233m² BGF davon rd. 750m² Bürofläche
Mitarbeiteranzahl	56

Das Hauptgebäude am Standort in der Schlesienstraße befindet sich in Stadtrandlage von Eschwege. Das Gebäude wurde in 1936 als Bestandteil eines alten Flughafengeländes erbaut und diente ursprünglich als Kommandantur. Nach dem Krieg war es ein Displaced Persons Lager. Seither dient es als Finanzamt.

Hier sind die Mitarbeiter*innen auf einer Fläche von insgesamt 3.233m² tätig. Das Grundstück ist verkehrstechnisch über die Schlesienstraße erschlossen. Es besteht eine Anbindung an den ÖPNV. Pendler*innen und Besucher*innen stehen am angrenzenden Parkplatz fünf Fahrradstellplätze und insgesamt 49 Stellplätze für PKW zur Verfügung. Drei davon sind Behindertenparkplätze. Um das Gebäude herum befinden sich große Rasenflächen, die zum Teil intensiv mit Büschen und Bäumen bepflanzt sind. Die in 2019 gepflanzte Ulme lässt uns täglich an unsere Verantwortung ressourcenschonend mit der Umwelt umzugehen, erinnern. Anlässlich des Tages der Nachhaltigkeit haben die Anwärtler*innen eine Bienenwiese angelegt.

Beim Gebäude handelt es sich um ein massives Bauwerk, dessen Wärmedämmstandard noch dem aus der Gesteinszeit entspricht. Das Gebäude wird ständig modernisiert. Dennoch ist das Potential zur Energieeinsparung und -effizienz noch nicht ausgeschöpft.

Auf zwei Stockwerke verteilen sich Büros, Besprechungsräume, ein geräumiges Foyer und Sozial- und Sanitärräume. Dazu zählen Teeküchen auf beiden Etagen, sowie ein Gesundheitsraum im Keller, in dem Entspannungseinheiten angeboten werden.



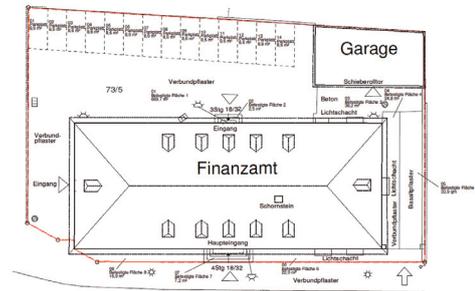
NEBENSTELLE IN ESCHWEGE

Adresse	Max-Woelm-Str. 5-7 37269 Eschwege
Fläche	1.682m² BGF
Mitarbeiteranzahl	25

Das Gebäude, das im Finanzamt Eschwege als Nebenstelle genutzt wird, wurde in 1923 erbaut. Die Mitarbeiter*innen sind auf einer Fläche von insgesamt 1.682m² tätig. Das Grundstück ist verkehrstechnisch über die Max-Woelm-Straße erschlossen. Es besteht eine Anbindung an den ÖPNV und es stehen insgesamt 14 Stellplätze für PKW im Innenhof, sowie ein Fahrradständer zur Verfügung.

Beim Gebäude handelt es sich um ein massives Bauwerk, dessen Wärmedämmstandard noch dem aus der Gesteinszeit entspricht. Die Heizwärmeerzeugung erfolgt über einen Gas-Niedertemperaturkessel. Das Gebäude wird zwar ständig modernisiert, dennoch ist das Potential zur Energieeinsparung und -effizienz erheblich.

Für die Kolleg*innen steht ein kleiner Besprechungsraum sowie ein Sozial- und mehrere Sanitärräume zur Verfügung.



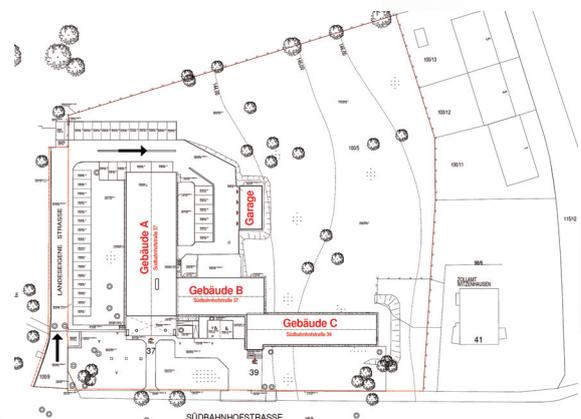
Max- Woelm Str.



VERWALTUNGSSTELLE IN WITZENHAUSEN

Adresse	Südbahnhofstr. 37 37213 Witzenhausen
Fläche	3.678m² BGF, davon
Mitarbeiteranzahl	26

Das Gebäude wurde 1953 - 1955 erbaut. Die Mitarbeiter*innen sind auf einer Fläche von insgesamt 3.678m² tätig. Das Grundstück befindet sich in Stadtrandlage von Witzenhausen und ist verkehrstechnisch über die Südbahnhofstraße erschlossen. Es besteht eine gute Anbindung an den ÖPNV und es stehen insgesamt 42 Stellplätze für PKW und Fahrradstellplätze zur Verfügung.





Beim Gebäude handelt es sich um ein massives Bauwerk, dessen Wärmedämmstandard noch dem aus der Gestehungszeit entspricht.

Im Jahr 2019 wurde ein energieeffizienter Gasbrennwertkessel eingebaut. Obwohl das Gebäude ständig modernisiert wird, ist aus baulicher Sicht das Potential zur Energieeinsparung und -effizienz weiterhin erheblich.

Auf zwei Stockwerke verteilen sich Büros, ein Besprechungsraum und ein EDV-Schulungsraum, ein geräumiges Foyer, ein Sozialraum, eine Teeküche und Sanitärräume. Anlässlich des 6. Hessischen Tags der Nachhaltigkeit am 10.09.2020 wurde ein Stabahorn gepflanzt.

FINANZAMT KORBACH-FRANKENBERG

NACE-CODE: 84.11

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Das Finanzamt Korbach-Frankenberg nimmt für im Landkreis Waldeck-Frankenberg wohnhafte Personen, sowie für selbständig oder gewerblich tätige Personen, folgende Aufgaben wahr:

- ▶ Festsetzung der Einkommensteuer (einschließlich Förderung des Wohneigentums), Lohnsteuer und der zumeist besser unter dem Namen „Mehrwertsteuer“ bekannten Umsatzsteuer
- ▶ Feststellung des Gewinns von Personengesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen
- ▶ Festsetzung der Gewerbesteuermessbeträge, die den Gemeinden als Grundlage für die Festsetzung der Gewerbesteuer dienen

- ▶ Besteuerung und Steuerfreistellung von Vereinen
- ▶ Bewertung des Grundbesitzes, welche u.a. den Gemeinden als Grundlage für die Erhebung der Grundsteuer dient
- ▶ Betriebs- und Lohnsteuerprüfung
- ▶ Besteuerung von Körperschaften

Bestimmte Aufgaben werden aus organisatorischen Gründen von anderen hessischen Finanzämtern wahrgenommen.

VERWALTUNGSSTELLE IN KORBACH

Adresse Medebacher Landstraße 29
34497 Korbach

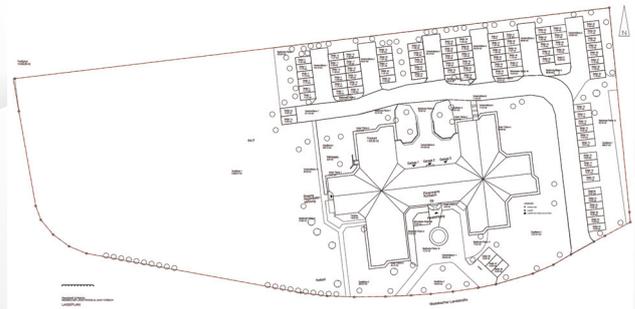
Fläche 7.522m² BGF

Mitarbeiteranzahl 149

Der Standort in Korbach umfasst ein 1984 errichtetes Gebäude in Stadtrandlage von Korbach. Hier sind die Mitarbeiter*innen auf einer Bruttogrundfläche von insgesamt 7.522m² tätig. Das Grundstück ist verkehrstechnisch über die Medebacher Landstraße und den Südring erschlossen. Es besteht eine Anbindung an den ÖPNV. Mitarbeitern und Besuchern stehen auf dem Grundstück einige Fahrradstellplätze und insgesamt 88 Stellplätze für PKW zur Verfügung. Drei davon sind Behindertenparkplätze. Um das Gebäude herum befinden sich parkähnliche Grünflächen.

Die Gebäudehülle und die technische Ausstattung befinden sich in einem gebrauchsfähigen aber energetisch unsanierten Zustand.

Der Wärmebezug der Liegenschaft wurde in 2016 als Energie-Contracting auf Fernwärme aus einer ortsnahen Biogas-Anlage umgestellt. Zur Ausfallsicherung der Fernwärme wird durch den Contractor ein ebenfalls in 2016 errichteter Gas-Brennwertkessel vorgehalten.



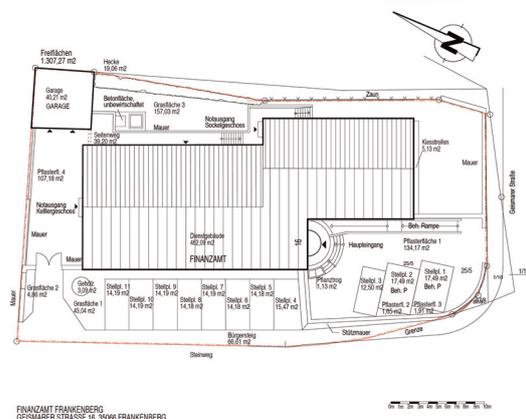
VERWALTUNGSSTELLE IN FRANKENBERG

Adresse Geismarer Straße 16
35066 Frankenberg (Eder)

Fläche 2.461m² BGF

Mitarbeiteranzahl 39

Der Standort in Frankenberg umfasst ein 1953 errichtetes Gebäude in innenstädtischer Lage von Frankenberg. Die Mitarbeiter*innen sind auf einer Bruttogrundfläche von insgesamt 2.461m² tätig. Das Grundstück ist verkehrstechnisch von zwei Seiten erschlossen. Es besteht eine Anbindung an





den ÖPNV. Mitarbeiter*innen und Besucher*innen stehen auf dem Grundstück einige Fahrradstellplätze und insgesamt 11 Stellplätze für PKW zur Verfügung. Zwei davon sind Behindertenparkplätze.

Das Gebäude wurde im Zuge des CO₂-Minderungs- und Energieeffizienzprogramms der Hessischen Landesverwaltung (COME) ab 2016 in mehreren Bauabschnitten zeitversetzt grundlegend energetisch saniert. Die Sanierungsmaßnahmen wurden 2018 fertiggestellt und fanden im laufenden Betrieb statt.

In einem ersten Schritt wurde im Dachgeschoss der neue Seminarraum mit angrenzender Küche hergerichtet. Mit kompletter EDV-Ausstattung für ca. 25 Bedienstete konnte dieser nun flexibel als Ausweichfläche im weiteren Bauablauf fungieren. Die Arbeiten im Innenbereich erfolgten geschoss- und flügelweise.

Die alten Holzfenster wurden gegen dreifachverglaste wärmedämmte Kunststofffenster ausgetauscht und mit einem außenliegenden Son-

nenschutz versehen, der im Sommer die Aufheizung des Gebäudes verhindert.

Die Außenwände erhielten ein Wärmedämmverbundsystem aus Mineralwolle. Die Kellerräume wurden durch eine an den Decken angebrachte Dämmung aus der energetischen Hülle ausgegrenzt. Die beiden versetzten Dachflächen erhielten eine Aufsparrendämmung mit Zinkstehfalzeindeckung.

Als nichtenergetische Maßnahmen wurden Brandschutztüren eingebaut und eine Fluchttreppe an der Giebelseite neben dem Haupteingang errichtet.

Der Gas-Brennwertkessel aus 2006 wurde um eine Luft-Wasser-Wärmepumpe ergänzt und die alten Heizkörper durch neue ersetzt. Zur freien Kühlung des Serverraums wurde eine Abluftanlage mit Außenluftnachströmung eingebaut. Die Warmwasserbereitung wurde zurückgebaut bzw. erneuert und wo sinnvoll auf Untertisch-Durchlauferhitzer umgestellt. WC-Räume erhielten eine präsenzgesteuerte Abluftanlage.

Die abgängigen Bestandsleuchten wurden durch neue Anbauleuchten mit Niederdruck-Entladungslampen und elektronischem Vorschaltgerät (EVG) bzw. LED-Leuchtmitteln ersetzt. Die Büros erhielten eine präsenz- und tageslichtabhängige Regelung für die Beleuchtung.

Im Zuge der Sanierung wurde eine Photovoltaik-Anlage installiert.

NIEDERLASSUNG NORD DES LBIH

NACE-CODE: 84.11

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Als zentraler Bau- und Immobiliendienstleister des Landes Hessen nimmt der Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen eine Vielzahl unterschiedlicher Aufgaben wahr. Dabei deckt die Niederlassung

Nord den Bereich Nordhessen räumlich ab. Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind für die Beschäftigten des LBIH bei der Beauftragung von freiberuflichen und gewerblichen Leistungen, im Zusammenhang mit unseren eigenen Dienstgebäuden sowie im täglichen Dienstbetrieb wichtige Anliegen.

STANDORT KASSEL - GOETHESTRASSE 46

Adresse Goethestraße 46
34119 Kassel

Fläche rd. 2.199m² BGF

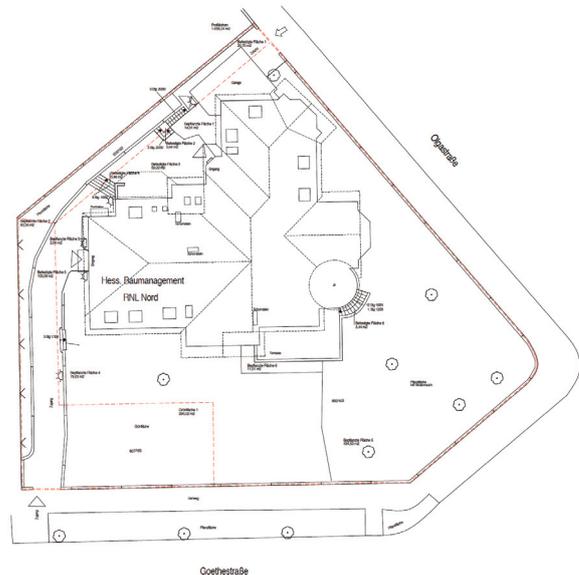
Mitarbeiteranzahl ca. 34

Die Niederlassung Nord des LBIH ist auf sechs Standorte in Nordhessen verteilt. An der EMAS-Validierung ist der Standort in der Goethestraße in Kassel beteiligt. Das Gebäude in der Goethestraße 46 wurde in den Jahren 1906 bis 1908 als Dienstvilla eines preußischen Oberlandesgerichtspräsidenten errichtet. Bis 1963 wurde es von der Justiz genutzt, seitdem von der hessischen Bauverwaltung. Es handelt sich um ein landeseigenes Gebäude, welches in den 1960er Jahre erweitert wurde. Die Mitarbeiter*innen sind hier auf einer Fläche von insgesamt 2.199 m² tätig. Das Grundstück ist verkehrstechnisch von der Goethestraße erschlossen. Es besteht eine gute Anbindung an den ÖPNV und es stehen auf dem Grundstück einige Fahrradstellplätze zur Verfügung. Auf dem Grundstück gibt es keine Stellplätze für PKW.

Das Gebäude ist denkmalgeschützt und befindet sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Das Grundstück ist intensiv mit Büschen und Bäumen bepflanzt.

Das Gebäude ist an die Fernwärmeversorgung der Stadt Kassel angebunden. Der Anteil erneuerbarer Energien beträgt rd. 51%.

Ende 2020 werden alle drei bestehenden Standorte des LBIH im Bereich der Stadt Kassel – Goethestraße, Querallee und Falderbaumstraße – an einem neuen, gemeinsamen Standort in der Leuschner Straße zusammengefasst. Bei dem neuen Dienstgebäude handelt sich um ein ehemaliges Getreidesilo (Bodensilo) der Wehrmacht, das im Rahmen des Konversionsprojekts Quartier Magazin Hof Kassel-Oberzwehren, von einem privaten Investor saniert und in Büroräume mit zeitgemäßer Ausstattung umgewandelt wird.



Im Zuge der Zusammenlegung aller drei Kasseler Standorte soll das Gebäude in der Goethestraße von der hessischen Landesverwaltung aufgegeben und veräußert werden.

UMWELTLEITLINIEN DER HESSISCHEN FINANZVERWALTUNG

Das Land Hessen trägt bereits aktiv zum Klimaschutz durch die Reduktion von CO₂-Emissionen in den Bereichen Gebäude, Mobilität und durch nachhaltige Beschaffung bei. Ziel ist die „CO₂-neutrale Landesverwaltung bis 2030“. Die Initiative ist Teil der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Mit der Einführung von EMAS gehen wir die Verbesserung in weiteren Umweltaspekten systematisch an. Wir verpflichten uns, unsere Umweltleistungen kontinuierlich zu verbessern, Umweltbelastungen zu vermeiden und dabei die geltenden umweltrechtlichen Anforderungen einzuhalten.

Neben den Zielen der hessischen Nachhaltigkeitsstrategie und der Initiative „CO₂-neutrale Landesverwaltung 2030“ verfolgen wir noch weitere Grundsätze:

- ▶ Wir stärken das betriebliche Umweltmanagement in unserer Vorbildfunktion.
- ▶ Wir stärken das Bewusstsein für verantwortungsvolles, nachhaltiges Handeln gegenüber der Umwelt bei den Kolleg*innen in der Finanzverwaltung sowie der Öffentlichkeit.
- ▶ In diesem Sinne verstärken wir den Blick auf das Nutzerverhalten und unsere Verwaltungsabläufe zur vermehrten Einsparung von Ressourcen.
- ▶ Wir sorgen für heimatnahe Arbeitsplätze, kurze Pendlerwege und klimafreundliche Mobilität.

Umweltschutz hat für uns eine sehr hohe Priorität: Mit ambitionierten Zielen und einem respektvollen und schonenden Umgang mit der Umwelt werden wir unserer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und insbesondere der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen gerecht.

In diesen Leitlinien haben wir übergreifende Handlungsgrundsätze für eine nachhaltige Entwicklung im Geltungsbereich des Umweltmanagement-

systems festgelegt. Wir kommunizieren die Umweltschritte an alle Beschäftigten über unser Mitarbeiterportal (Intranet).

UMWELTZIELE UND MASSNAHMEN

Im Sinne unserer Umweltschritte haben wir für das Finanzressort strategische, mehrjährige Umweltschritte bis zum Jahr 2030. Über den Status Quo dieser Ziele berichtet das HMdF jährlich unter anderem in seiner CO₂-Bilanz¹ und dem Energiebericht für die Landesverwaltung Hessen. Von den strategischen Zielen und in Übereinstimmung mit unseren bedeutenden Umweltaspekten und den sich daraus ergebenden Handlungsfeldern wur-

den wiederum übergeordnete, also standortübergreifende, operative Ziele abgeleitet.

Alle baulichen Maßnahmen sind gemäß dem Hessischen Energiezukunftsgesetz (HEG) danach ausgerichtet die Steigerung der Energieeffizienz, die Verbesserung der Energieeinsparungen, sowie die Förderung des Ausbaus einer Energieinfrastruktur aus erneuerbaren Energien zu unterstützen. Sowohl bei energetischen Sanierungsmaßnahmen im Be-

stand, als auch bei Neubaumaßnahmen werden im Rahmen der Vorbildfunktion des staatlichen Hochbaus in Hessen die gesetzlichen Mindestanforderungen an den Energiebedarf und den daraus entstehenden Emissionen unterschritten. Die Planungs- und Nachweisverfahren, sowie die Anforderungswerte sind in der Richtlinie energieeffizientes Bauen und Sanieren des Landes Hessen nach § 9 Abs. 3 des HEG² festgelegt. Die Einhaltung der Vorgaben der Richtlinie sind integraler Bestandteil jeder Bauunterlage.

Eine besondere Stellung nimmt in diesem Zusammenhang das CO₂-Minderungs- und Energieeffizienzprogramm der Hessischen Landesverwaltung (COME) zur energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden ein. Der Grundsatz „Minimieren-Substituieren-Kompensieren“ dient auch hier dem

Ziel die baulichen Potentiale im Sinne der CO₂-neutralen Landesverwaltung auszuschöpfen.

Jede EMAS-Dienststelle hat zudem ein dienststellen- und liegenschaftsspezifisches Umweltprogramm. Die Dienststellenziele liefern dabei einen Beitrag zur Erreichung der standortübergreifenden Ziele.

Alle Ziele und Maßnahmen werden mindestens einmal im Jahr bewertet und fortgeschrieben. Die Umsetzung dieser Ziele in die Praxis erfolgt durch Maßnahmen, die wir im Sinne einer kontinuierlichen Verbesserung des Umweltschutzes immer wieder neu planen. Den Stand bzgl. Planung und Umsetzung dokumentiert unser Umweltprogramm. Es enthält für jedes Handlungsfeld Maßnahmen, Termine und Verantwortliche.

STRATEGISCHE UMWELTZIELE

Unser Umweltprogramm umfasst folgende strategische Umweltziele:

STRATEGISCHES UMWELTZIEL	ZEITHORIZONT
CO ₂ -neutrale Landesverwaltung 2030 ³	dauerhaft
Nachhaltiges und modernes Arbeitsumfeld	dauerhaft
Nachhaltige Beschaffung ⁴	dauerhaft
Digitalisierung der Verwaltung	2030
Ausweitung der EMAS-Validierung auf weitere Standorte	2023
Integration von Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement in die gesamten Prozesse der Finanzverwaltung	2025
Verbesserung der Effizienz und Zukunftsfähigkeit der Hessischen Steuerverwaltung (Projekt SMART) ⁵	2025

² <https://co2.hessen-nachhaltig.de/>

³ <https://co2.hessen-nachhaltig.de/de/publikationen.html>

⁴ <https://finanzen.hessen.de/ueber-uns/nachhaltigkeitsshyprojekte/nachhaltige-beschaffung-hessen>

⁵ <https://finanzen.hessen.de/ueber-uns/arbeit-zu-den-menschen>

OPERATIVE UMWELTZIELE

Unser Umweltprogramm umfasst folgende operative Umweltziele:

UMWELTZIEL	MESSGRÖSSE	ZIELWERT	ZEITHORIZONT
Mitarbeitersensibilisierung und Teilhabe	Schulungen und Aktionen	Mind. eine pro Jahr	dauerhaft
Reduzierung der Strom- und der witterungsbereinigten Heizenergieverbräuche	kWh je m ² BGF	-5% im Vergleich zu 2019	2023 (Finanzämter) 2024 (LBIH)
Reduzierung des Verbrauchs an Büropapier	Blatt DIN A4 je VZÄ je Arbeitstag	15	2025 (Finanzämter) 2030 (LBIH)
Reduzierung des jährlichen Abfallaufkommens	Gesamtabfallmenge in kg je VZÄ pro Jahr	60 % im Vergleich zum Mittelwert der Jahre 2017-2019	2025
Verringerung der dienstlichen Reisetätigkeit	Reisekilometer je VZÄ pro Jahr	-5% bis -15% Vergleich zu 2019	2025
Bevorzugte Nutzung umweltschonender Verkehrsmittel bei Dienstreisen	mit einem Pkw zurückgelegte Strecke je VZÄ pro Jahr	-5% bis -15% im Vergleich zu 2019	2025
Analyse und Reduzierung der Emissionen aus dem Pendelverkehr	-	Analyse	2021

ABGESCHLOSSENE MAßNAHMEN

Zur Verringerungen der Umweltauswirkungen wurden bereits folgende Maßnahmen im Hinblick auf unsere operativen Ziele umgesetzt:

UMWELTZIEL	ZEITRAUM	MAßNAHME
Sensibilisierung und Teilhabe der Mitarbeiter*innen	dauerhaft	Es finden regelmäßig Aktionen und Veranstaltungen im Sinne des Umweltschutzes statt, z.B. ein Ideenwettbewerb anlässlich des Hessischen Tags der Nachhaltigkeit, Baumpflanzungen und Außenbegrünung beim Finanzamt Eschwege unter Einbezug der Nachwuchskräfte oder Werbung für den Umstieg auf Pedelecs für Kurzstrecken.
	2019/20	Im Intranet (Mitarbeiterportal) sind grundlegende Informationen zu Zielen und Hintergründen des Engagements der Finanzverwaltung zum Abruf bereitgestellt. Die Inhalte werden weiter ausgebaut.
	2019	Eine zentrale EMAS-E-Mail-Adresse wird für Vorschläge und Anregungen regelmäßig adressiert.
Reduzierung des Verbrauchs an Büropapier	2020	Die Finanzämter wurden mit Netzwerkdruckern zur Nutzung im Pool ausgestattet, die langfristig als Ersatz bisheriger Arbeitsplatzdrucker dienen sollen. In der LBIH NL Nord sind bereits überwiegend Netzwerkdrucker im Einsatz.
	2020	Die Kolleg*innen werden stetig zur Nutzung elektronischer Verfahren sensibilisiert (z.B. E-Beihilfeanträge oder E-Bezügenachweise). Im Finanzamt Korbach-Frankenberg werden diese Möglichkeiten z.B. bereits im Rahmen der Einarbeitung neuer Kolleg*innen beworben.
Reduzierung der Emissionen aus Dienstreisen	2018-2020	Die Finanzämter wurden mit Notebooks und digitalen Besprechungsmöglichkeiten ausgestattet. In der LBIH NL ist ein Videokonferenzraum eingerichtet.
	2019	Für Kurzstrecken, insbesondere zwischen den Verwaltungsstellen der Dienststellen oder den Wegen zur Post, wurden Pedelecs beschafft
Reduzierung der Emissionen aus dem Pendlerverkehr	2018-2020	Das LandesTicket für alle Beschäftigten des Landes Hessen ermöglicht die kostenfreie Nutzung des ÖPNV auch für private Wege
		Unter bestimmten Voraussetzungen (insbesondere soziale Aspekte) ist die Arbeit vom häuslichen Arbeitsplatz im Rahmen der Modelle „alternierende Telearbeit“ und „Mobiles flexibles Arbeiten“ möglich.

ANSTEHENDE MAßNAHMEN

Für die Zukunft haben wir uns folgende Ziele und Maßnahmen gesetzt:

UMWELTZIEL	ZEITRAUM	MAßNAHME
Sensibilisierung und Teilhabe der Mitarbeiter*innen	2020/21	Anfang 2021 findet eine Mitarbeiterschulung zu möglichen Potentialen im Nutzerverhalten und der weiteren Entwicklung des Umweltmanagementsystems im Finanzressort statt. Ziel ist, diese Schulungen regelmäßig zu wiederholen.
	2020/21	Zur Bewusstseinsbildung wird für die Zukunft ein Konzept zur systematischen und anschaulichen internen Kommunikation der Umweltleistung erarbeitet.
Reduzierung der nutzungsbedingten Gebäudeemissionen	2021	Im kommenden Jahr werden Potentiale analysiert und Maßnahmen hinsichtlich möglicher Sanierungen zur Emissionsvermeidung bzw. -reduzierung und der Eigenproduktion erneuerbarer Energien (Anbringung von Solaranlagen, etc.) an den Liegenschaften mit einer Perspektive bis zum Jahr 2030 geplant.
Analyse des Pendelverhaltens und Reduzierung der dadurch entstehenden Emissionen	2021	Analyse des Pendelverhaltens
	2020/21	Aktuell ist ein neues Rahmenkonzept für die Finanzverwaltung zur Optimierung der bestehenden Modelle zur Flexibilisierung von Arbeitsort und Arbeitszeit in Arbeit.
Reduzierung der Emissionen aus Dienstreisen	2025	Geplant ist die Liegenschaften flächendeckend, bedarfsgerecht mit E-Ladestationen auszustatten und den Fuhrpark entsprechend auf Elektrofahrzeuge umzustellen.

UMWELTMANAGEMENTSYSTEM

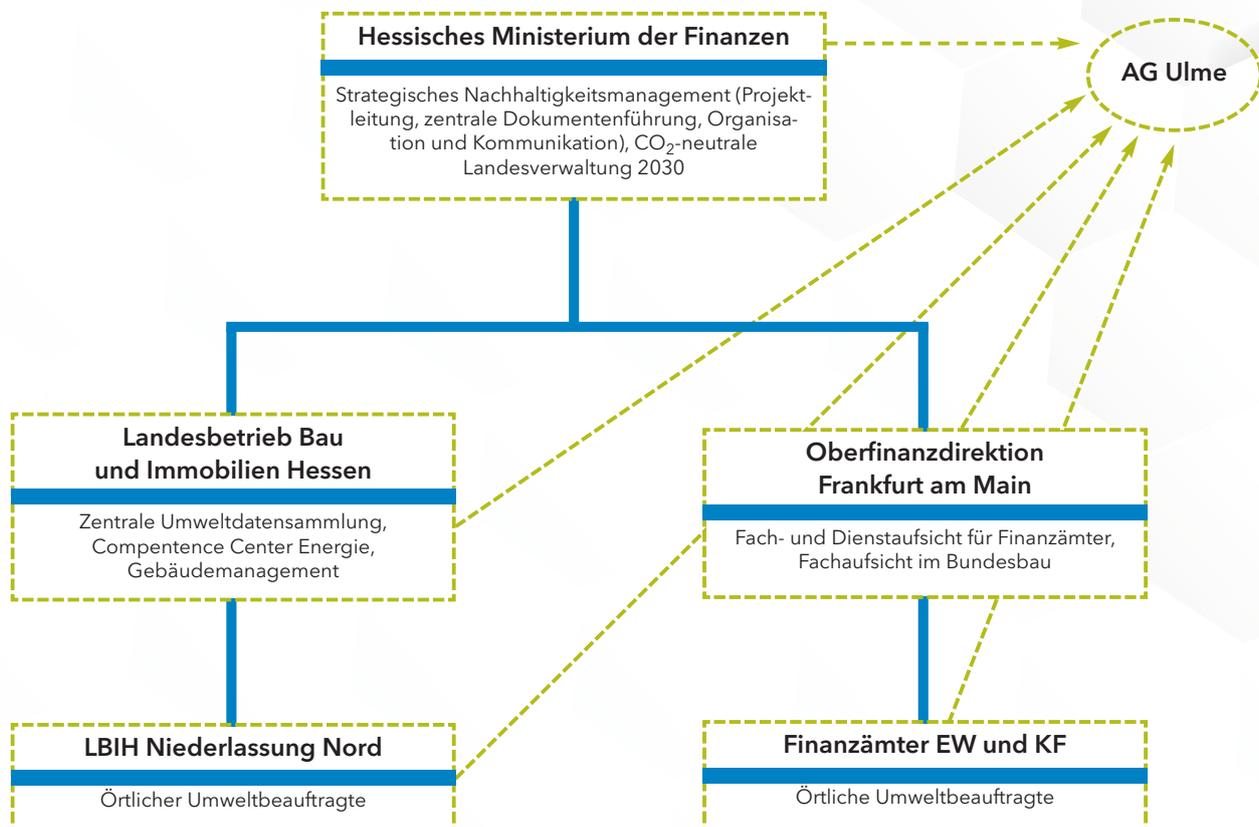
EMAS bietet die Chance, ein validiertes betriebliches Umweltmanagementsystem zu implementieren. Das bedeutet für uns nichts anderes als eine konsequente und systematische Optimierung unserer Organisation und die langfristige Verknüpfung von Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Qualität und Wirtschaftlichkeit in unseren Arbeitsabläufen.

Zur Umsetzung des Pilotprojekts und zum erstmaligen Aufbau des Umweltmanagementsystems in der Finanzverwaltung wurde eine Arbeitsgruppe („AG Ulme“) eingesetzt, in der Mitarbeitende der Initiative „CO₂-neutrale Landesverwaltung 2030“, der LBIH Zentrale, der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main und der pilotierenden Dienststellen vertreten sind. Die Federführung und zentrale Projektkoordination liegt im für Organisationsentwick-

lung und strategischen Nachhaltigkeitsmanagement zuständigen Referat I 2 des HMdF.

Die AG dient dem Austausch und der Abstimmung über die verschiedenen Verwaltungsebenen und setzt mit ihren Mitgliedern aus dem Verantwortungsbereich der obersten und mittleren Landesbehörden die zentral zu steuernden Anforderungen des Umweltmanagementsystems (z.B. Prüfung und Aktualisierung zentraler Regelungsbedarfe, Prüfung und Bereitstellung des Ressourcenbedarfs, Bereitstellung und Aktualisierung der Managementdokumentation) um. Zur Umsetzung der dezentralen Anforderungen sind örtliche Umweltbeauftragte in den EMAS-Dienststellen benannt, die zur Unterstützung vor Ort ein Umweltteam bilden können.

Grafik:
Aufgabenverteilung im Umweltmanagementsystem

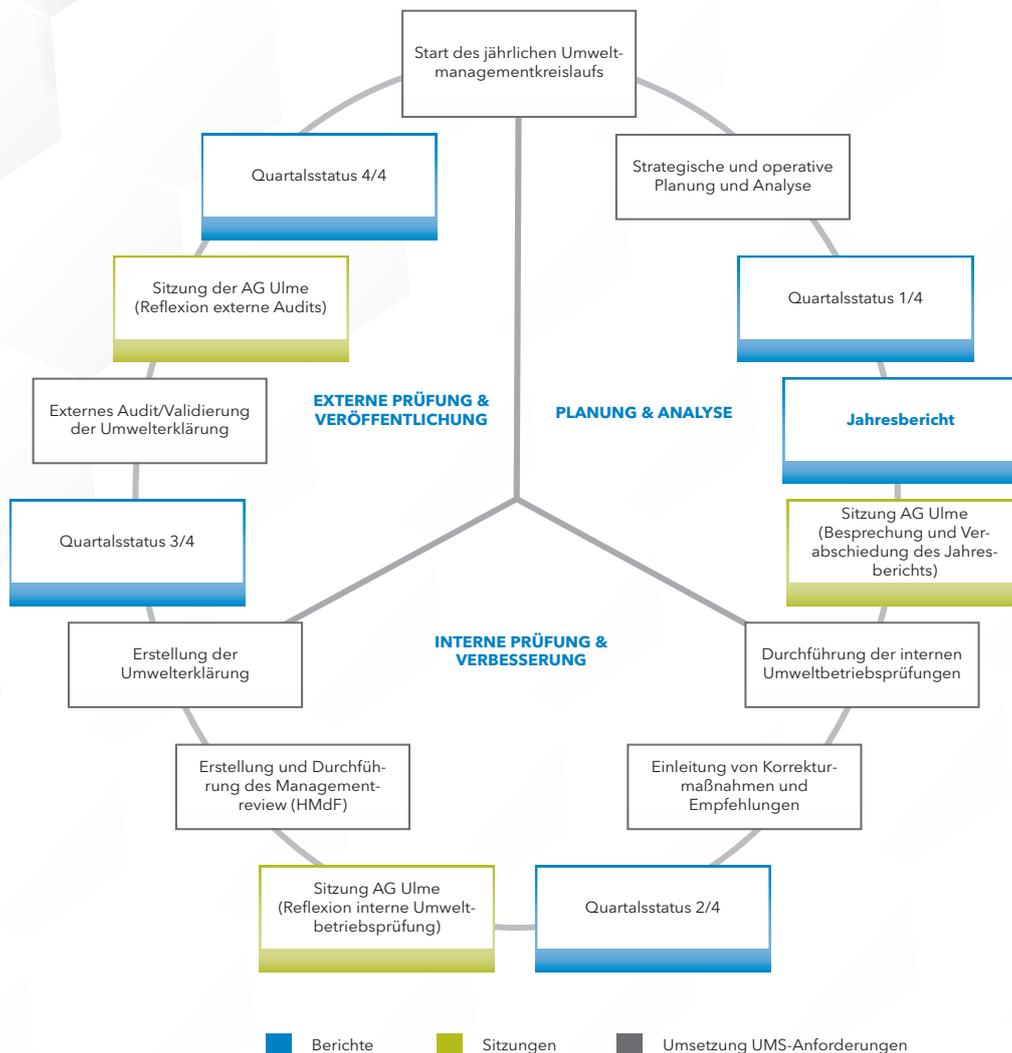


Um langfristig ein systematisches Vorgehen sicherzustellen, wurden die Verantwortlichkeiten und die Regelungen, die im Rahmen der Einführung des Umweltmanagementsystems festgelegt wurden, in einem Umweltmanagementhandbuch niedergeschrieben.

Im einjährigen Management- und Planungszyklus werden künftig mindestens jährlich der Kontext, interessierte Parteien, Chancen und Risiken, sowie die Umweltaspekte und bindenden Verpflichtungen analysiert und bei bestehenden Einflussmöglichkeiten Ziele und Maßnahmen aktualisiert bzw. neu festgelegt. Anschließend finden interne Umweltbetriebsprüfungen (interne Audits) und das

Managementreview statt, aus deren Ergebnissen Korrekturmaßnahmen abgeleitet werden. Begleitet werden die Prozessbestandteile durch regelmäßige Berichte und Austauschformate zwischen den örtlichen Umweltbeauftragten, der LBIH Zentrale und dem strategischen Nachhaltigkeitsmanagement im HMdF, sowie im Kreis der „AG Ulme“. Diese Formate dienen der Strukturierung innerhalb der Verwaltungsstruktur, dem kontinuierlichen Informationsaustausch zu den Verbesserungsmaßnahmen, der regelmäßigen Analyse der Umweltauswirkungen und der Aktualisierung und Freigabe der Managementdokumentation.

UMWELTMANAGEMENTKREISLAUF



UMWELTASPEKTE

Umweltaspekte sind die Aspekte unserer Tätigkeiten, die positive oder negative Auswirkungen auf die Umwelt haben.

Grundsätzlich unterscheiden wir zwischen direkten und indirekten Umweltaspekten. Bei den direkten Umweltaspekten handelt es sich z.B. um Emissionen, Abfallaufkommen oder den Papierverbrauch. Sie entstehen als unmittelbare Folge der Tätigkeiten am Standort und können von uns selbst kontrolliert und beeinflusst werden. Indirekte Umweltaspekte entstehen mittelbar durch unsere

Tätigkeiten, ohne dass wir die vollständige Kontrolle darüber haben. Indirekte Umweltaspekte entstehen z.B. durch dienstliche Mobilität oder Beschaffung von Produkten.

Entscheidend ist, dass alle wesentlichen Umweltaspekte erfasst und bewertet werden. Die Beurteilung der Wesentlichkeit erfolgt jährlich durch die örtlichen Umweltbeauftragten und ihre Umweltteams und wird durch die Verantwortlichen des strategischen Nachhaltigkeitsmanagements des HMdF dokumentiert.

BEWERTUNG DER UMWELTASPEKTE

Zur Bewertung der Umweltaspekte arbeiten wir mit folgenden Bewertungskriterien:

Quantitative Bedeutung	Prognostizierte zukünftige Entwicklung	Gefährdungspotenzial / Bewertung des Umweltaspektes		
		hoch (A)	durchschnittlich (B)	gering (C)
hoch (A)	zunehmend (A)	A	A	B
	stagnierend (B)	A	B	B
	abnehmend (C)	B	B	B
durchschnittlich (B)	zunehmend (A)	A	B	B
	stagnierend (B)	B	C	C
	abnehmend (C)	B	C	C
gering (C)	zunehmend (A)	B	B	B
	stagnierend (B)	B	C	C
	abnehmend (C)	B	C	C

Als Ergebnis der dreidimensionalen Bewertung werden die Umweltaspekte in drei Kategorien eingeteilt (siehe grüner Bereich in Tabelle):

A = Besonders bedeutender Umweltaspekt von hoher Handlungsrelevanz,

B = Umweltaspekt mit durchschnittlicher Bedeutung und Handlungsrelevanz,

C = Umweltaspekt mit geringer Bedeutung und Handlungsrelevanz.

Nach der Einstufung der Umweltaspekte in diese Kategorien werden die Umweltaspekte im Hinblick auf die Einflussmöglichkeit bewertet. Hierfür werden zusätzlich folgende Kategorien herangezogen:

- I **Auch kurzfristig ist ein relativ großes Steuerungspotenzial vorhanden.**
- II **Der Umweltaspekt ist nachhaltig zu steuern, jedoch erst mittel- bis langfristig.**
- III **Steuerungsmöglichkeiten sind für diesen Umweltaspekt nicht, nur sehr langfristig oder nur in Abhängigkeit von Entscheidungen Dritter gegeben.**

Alle Umweltaspekte sind mit diesem Schema bewertet, um ihre Umwelrelevanz und den Handlungsbedarf zu ermitteln. Ein Umweltaspekt, der z.B. mit A und I bewertet wird, ist ein besonders bedeutender Umweltaspekt von hoher Handlungsrelevanz, bei dem auch kurzfristig ein relativ großes Steuerungspotenzial vorhanden ist. D.h., dass für diesen Umweltaspekt vorrangig eine Verbesserungsmaßnahme gesucht wird, die auch kurzfristig umgesetzt wird.

Die sieben Liegenschaften fallen unter die Kategorie „Büro-/Verwaltungsgebäude“, in denen jeweils ähnlichen Tätigkeiten einer öffentlichen Verwaltung ausgeführt werden. Dementsprechend wurde bei der Ermittlung und Bewertung das branchenspezifische Referenzdokument der Europäischen Union für die öffentliche Verwaltung berücksichtigt.

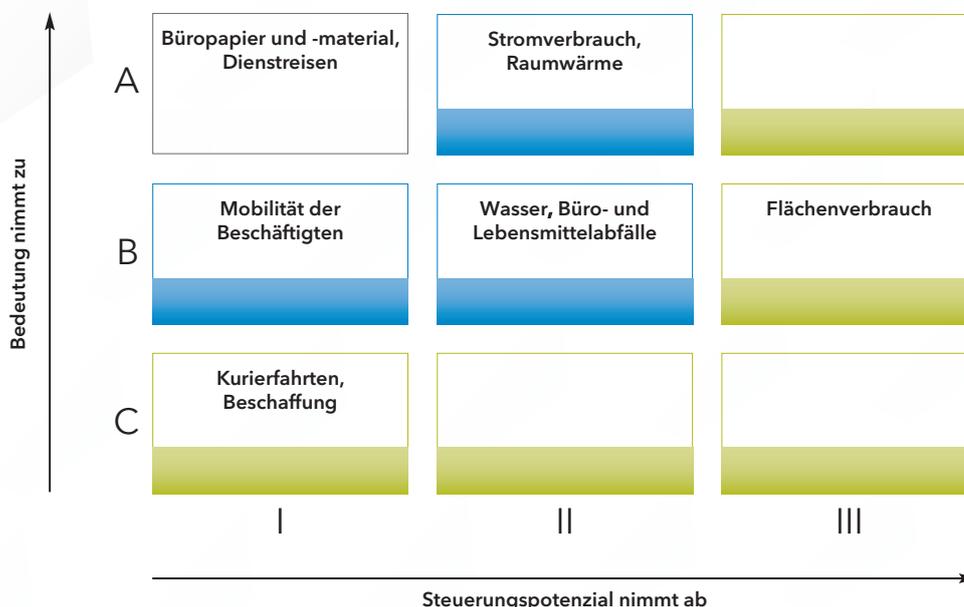
Die Bedeutung und das Steuerungspotential der Umweltaspekte der Dienststellen wird wie folgt bewertet:

Die zentralen direkten Umweltaspekte der Büro-/Verwaltungsgebäude fokussieren sich auf den Energieverbrauch zur Unterhaltung der Büros sowie auf Dienstreisen im Inland. Darüber hinaus stellt der Verbrauch an Büropapier einen bedeutenden Umweltaspekt mit Steuerungspotential in den Arbeitsabläufen und der IT-Ausstattung dar.

Der bedeutendste indirekte Umweltaspekt ist – trotz bereits weitreichender Investition in das LandesTicket, das allen Beschäftigten des Landes Hessens die kostenfreie Nutzung des ÖPNV in Hessen ermöglicht – die Mobilität der Beschäftigten.

Graphik: Bewertung der Umweltaspekte

Übersicht über die Bewertung direkter und indirekter Umweltaspekte:



BESCHREIBUNG DER BEDEUTENDEN UMWELTASPEKTE, UMWELTRELEVANTER VERBRAUCHSDATEN UND MAßNAHMEN

Im Folgenden werden die relevanten Verbrauchsdaten und spezifischen Maßnahmen der jeweiligen EMAS-Dienststellen, soweit möglich und aufschlussreich liegenschaftsbezogen, dargestellt. Die Gesamtverbrauchsdaten werden zudem je nach Aussagekraft ins Verhältnis zu der Mitarbeiter*innenzahl in

Vollzeitäquivalenten (VZÄ) der Dienststellen bzw. der Liegenschaft oder der Bruttogrundfläche (BGF) zur Interpretation gestellt. Sofern vorhanden, werden die jeweiligen Verbrauchsdaten mit dem Leistungsrichtwert im Referenzdokument der EU für öffentliche Verwaltungen (Beschluss EU 2019/61) verglichen.

Zur besseren Lesbarkeit wurden alle Angaben auf volle Zahlen oder eine Nachkommastelle gerundet.

MITARBEITER*INNEN UND FLÄCHEN

Finanzamt Eschwege-Witzenhausen

Mitarbeiter*innen und Flächen		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Gesamt	Personal	VZÄ	105,2	106,1	106,9	+0,8%
Eschwege, Schlesienstraße	Personal	VZÄ	50,0	50,1	56,3	+12,4%
	BGF	m ²	3.233	3.233	3.233	-
Eschwege, Max-Woelm-Str.	Personal	VZÄ	26,8	28,4	25,1	-11,8%
	BGF	m ²	1.622	1.682	1.682	-
Witzenhausen, Südbahnhofstraße	Personal	VZÄ	28,4	27,6	25,5	-7,4%
	BGF	m ²	3.678	3.678	3.678	-

Finanzamt Korbach-Frankenberg

Mitarbeiter*innen und Flächen		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Gesamt	Personal	VZÄ	182,9	187,3	188,1	+0,4%
Korbach	Personal	VZÄ	141,6	142,2	148,6	+4,5%
	BGF	m ²	7.522	7.522	7.522	-
Frankenberg	Personal	VZÄ	41,3	45,1	39,5	-12,4%
	BGF	m ²	2.461	2.461	2.461	-

Niederlassung Nord des LBIH-Standort Goethestraße

Mitarbeiter*innen und Flächen		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Goethestraße gesamt	Personal	VZÄ	31,7	31,1	32,3	+3,9%
	BGF	m ²	2.199	2.199	2.199	-

Die Anzahl der Beschäftigten in den drei Dienststellen hat sich in den vergangenen Jahren nicht signifikant geändert. Die Bruttogrundfläche ist in den Jahren 2017 bis 2019 gleichgeblieben.

In den nächsten Jahren stehen in den Finanzämtern wesentliche Strukturänderungen zur Stärkung des ländlichen Raumes an, die einen deutlichen Zuwachs an Personal verursachen und auch einen Einfluss auf die Nutzung der Liegenschaften haben werden.

Ende 2020 werden alle drei Standorte des LBIH im Bereich der Stadt Kassel an einem neuen, gemeinsamen Standort in der Leuschner Straße zusammengefasst. Eine Analyse der Verbrauchsdaten der vergangenen drei Jahre mit Blick auf die Zukunft und konkrete Zielsetzungen zum Gebäude in der Goethestraße fanden daher nicht mehr statt.

ENERGIE

Das Land Hessen hat im Jahr 2009 begonnen, seinen Strombezug auf Ökostrom aus Wasserkraftwerken umzustellen.

Wärmeenergie wird in den verschiedenen Liegenschaften aus unterschiedlichen Quellen bezogen (s. Beschreibung unter den jeweiligen Daten). Es ist dabei die erklärte Absicht des Landes nach Möglichkeit Fern- oder Nahwärme mit einem möglichst niedrigen Primärenergiefaktor zu nutzen.

Für alle Liegenschaften besteht mit Blick auf die Nutzung der Gebäude das Ziel, die Strom- und Wärmeverbräuche um langfristig jeweils 5 % durch

Sensibilisierung der Beschäftigten zu verringern. Weitere bauliche Potentiale werden im Jahr 2021 im Hinblick auf zukünftige Bedarfe in den Finanzämtern mit steigenden Personalzahlen im Zuge der Strukturmaßnahmen und nach Bezug des neuen Dienstgebäudes der LBIH Niederlassung Nord bewertet und nach Möglichkeit umgesetzt.

Bei allen betrachteten Liegenschaften liegt der Energieaufwand für Strom und Heizung unterhalb des Leistungsrichtwerts für Bestandsgebäude laut Referenzdokument der EU für öffentliche Verwaltungen von 100 kWh je m² pro Jahr.



Finanzamt Eschwege-Witzenhausen

Energie		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Schlesienstr., Eschwege						
Strom	Verbrauch	kWh	40.959	45.550	45.550	-
	Je VZÄ	kWh	818,8	909,2	808,9	- 11,0%
	Je m ² BGF	kWh	12,7	14,1	14,1	-
Wärme	Verbrauch	kWh	153.655	145.354	143.392	-1,3%
	Je VZÄ	kWh	3.071,6	2.901,4	2.546,31	-12,2%
	Je m ² BGF	kWh	47,5	45	44,4	-1,4%
Wärmeverbrauch witterungsbereinigt		kWh	164.411	167.157	160.599	-3,9%
Energieverbrauch (ohne Kfz)	Gesamt	kWh	194.614	190.904	188.942	-1,0%
	Je VZÄ	kWh	3.892,3	3.810,5	3.356,0	-12,0%
Verbrauch erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	40.595	45.550	45.550	-
	Je VZÄ	kWh	818,8	909,2	808,9	-11,0%
Erzeugung erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	-	-	-	-
	Je VZÄ	kWh	-	-	-	-
Max-Woelm-Str., Eschwege						
Strom	Verbrauch	kWh	15.943	18.014	18.337	+1,8%
	Je VZÄ	kWh	594,6	635,0	731,9	+15,3%
	Je m ² BGF	kWh	9,5	10,7	10,9	+1,8%
Wärme	Verbrauch	kWh	136.621	116.930	133.741	+14,4%
	Je VZÄ	kWh	5.095,1	4.121,5	5.338,1	+29,5%
	Je m ² BGF	kWh	81,2	69,5	79,5	+14,4%
Wärmeverbrauch witterungsbereinigt		kWh	146.184	134.470	149.790	+11,4%
Energieverbrauch (ohne Kfz)	Gesamt	kWh	152.564	134.944	152.078	+12,7%
	Je VZÄ	kWh	5.692,7	4.751,5	6.058,9	+27,5%
Verbrauch erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	15.943	18.014	18.337	+1,8%
	Je VZÄ	kWh	594,6	635,0	731,9	+15,3%
Erzeugung erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	-	-	-	-
	Je VZÄ	kWh	-	-	-	-



Energie		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Südbahnhofstr., Witzenhausen						
Strom	Verbrauch	kWh	35.227	32.267	35.286	+9,4%
	Je VZÄ	kWh	1.241,4	1.170,2	1.382,7	+18,2%
	Je m ² BGF	kWh	9,6	8,8	9,6	+9,4%
Wärme	Verbrauch	kWh	191.680	175.680	188.600	+7,4%
	Je VZÄ	kWh	6.755,0	6.371,5	7.390,3	+16,0%
	Je m ² BGF	kWh	52,1	47,8	51,3	+7,4%
Wärmeverbrauch witterungsbereinigt		kWh	205.098	202.032	211.232	+4,6%
Energieverbrauch (ohne Kfz)	Gesamt	kWh	226.907	207.947	223.886	+7,7%
	Je VZÄ	kWh	7.989,7	7.534,3	8.780,0	+16,5%
Verbrauch erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	35.227	32.267	35.286	+9,4%
	Je VZÄ	kWh	1.241,4	1.170,2	1.382,7	+18,2%
Erzeugung erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	-	-	-	-
	Je VZÄ	kWh	-	-	-	-
Finanzamt Eschwege-Witzenhausen gesamt						
Kraftfahrzeuge		kWh	45.538	39.376	40.823	+3,7%

Bei den Liegenschaften des Finanzamts Eschwege-Witzenhausen handelt es sich jeweils um massive Bauwerke die noch nicht oder nur teilweise energetisch saniert wurden. Die Liegenschaften sind jeweils mit einer Gasheizung ausgestattet. In der Verwaltungsstelle in Witzenhausen wurde im Jahr 2019 die Heizungsanlage erneuert.

Die Wärme- und Stromverbräuche sind in der Liegenschaft in der Schlesienstr. in Eschwege in den vergangenen drei Jahren relativ konstant. In den anderen Gebäuden sind die Wärmeverbräuche

leicht gestiegen. Signifikant wirken sich die Veränderungen bei den Verbrauchswerten je VZÄ aus. Hier könnten unterjährige Auszüge aus der Max-Woelm-Str. und anschließende Umzüge von der Schlesienstr. zur Max-Woelm-Str. der Grund sein, die sich nicht in den jeweils zum 01.01. ermittelten VZÄ abbilden.

Für die Zukunft wird sich der Strombedarf durch den Austausch der Büroleuchten gegen LED-Lampen in allen Liegenschaften reduzieren.



Finanzamt Korbach-Frankenberg

Energie		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Korbach						
Strom	Verbrauch	kWh	123.959	116.234	122.236	+5,2%
	Je VZÄ	kWh	875,5	817,3	822,4	+0,6%
	Je m ² BGF	kWh	16,48	15,45	16,25	+5,2%
Wärme	Verbrauch	kWh	424.900	369.700	367.000	-0,7%
	Je VZÄ	kWh	3.001,1	2.599,5	2.469,2	-5,0%
	Je m ² BGF	kWh	56,49	49,15	48,79	-0,7%
Wärmeverbrauch witterungsbereinigt		kWh	412.153	380.791	370.670	-2,7%
Energieverbrauch (ohne Kfz)	Gesamt	kWh	548.859	485.934	489.236	+0,7%
	Je VZÄ	kWh	3.876,1	3.417,3	3.292,3	-3,6%
Verbrauch erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	548.859	485.934	489.236	+0,7%
	Je VZÄ	kWh	3.876,1	3.417,3	3.292,3	-3,7%
Erzeugung erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	-	-	-	-
	Je VZÄ	kWh	-	-	-	-
Frankenberg						
Strom	Verbrauch	kWh	44.220	48.684	51.708	+6,2%
	Je VZÄ	kWh	1.071,2	1.079,7	1.309,7	+21,3%
	Je m ² BGF	kWh	17,97	19,78	21,01	+6,2%
Wärme	Verbrauch	kWh	90.194	78.958	60.019	-24%
	Je VZÄ	kWh	2.184,9	1.751,1	1.520,2	-13,2%
	Je m ² BGF	kWh	36,65	32,08	24,39	-24%
Wärmeverbrauch witterungsbereinigt		kWh	91.998	86.064	64.821	-24,7%
Energieverbrauch (ohne Kfz)	Gesamt	kWh	134.414	127.642	111.727	-12,5%
	Je VZÄ	kWh	3.254,6	2.830,2	2.828,5	-0,1%
Verbrauch erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	44.220	59.314	61.288	+3,3%
	Je VZÄ	kWh	1.071,2	1.315,5	1.552,4	+18,0%
Erzeugung erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	-	10.630	9.580	-9,9%
	Je VZÄ	kWh	-	236,2	239,5	+1,4%



Energie	Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Finanzamt Korbach-Frankenberg gesamt					
Kraftfahrzeuge	kWh	61.212	53.669	56.263	+4,8%

KORBACH

In Korbach zeigen die Verbräuche keine konkrete Tendenz und waren im betrachteten Zeitraum, bezogen auf die Bruttogrundfläche, vergleichsweise hoch. Eine energetische Sanierung hat bislang nur in Teilbereichen, vornehmlich in der Anlagentechnik, stattgefunden. Der abgängige Wärmeerzeuger des Gebäudes wurde durch eine Nahwärmanbindung an eine benachbarte Biogasanlage mit einem regenerativen Anteil von 100% ersetzt.

Die zur Erzeugung von Wärme verwendete Biomasse besteht vornehmlich aus Speiseresten, Getreideausputz oder Grasschnitt. Das produzierte Biogas wird in einem Blockheizkraftwerk in Wärme und Strom umgewandelt. Hierzu wurde die bereits 730 Meter lange Versorgungsleitung von der Biogasanlage zum Kreishaus Waldeck-Frankenberg um ca. 220 Meter zum Finanzamt verlängert. Zur Absicherung der Wärmeversorgung bei eintretenden Lieferstörungen und Spitzenleistungen wurde zusätzlich ein neuer mit Erdgas betriebener Brennkessel und ein Pufferspeicher installiert.

Diese besonders effiziente Lieferung von Nahwärme mit einem niedrigen Primärenergiefaktor ist Teil des CO₂-Minderungs- und Energieeffizienz-Programms (COME-Programm). Die errechnete CO₂-Einsparung beträgt rd. 56 Tonnen pro Jahr im Vergleich zum Zeitraum vor der energetischen Sanierung.

FRANKENBERG

Die Liegenschaft in Frankenberg wurde – wie in der Standortbeschreibung dargestellt – ab dem zweiten Quartal 2016 in mehreren Bauabschnitten energetisch saniert. Die Sanierungsmaßnahmen wurden in 2018 fertiggestellt und fanden im laufenden Betrieb statt.

Die Auswirkungen werden in den Wärmeverbräuchen deutlich, die sich in Frankenberg im Jahr 2019 im Vergleich zum Jahr 2016 vor der energetischen Sanierung um 63 % verringert haben. Die Stromverbräuche sind in den vergangenen drei Jahren gestiegen. Grund dafür ist die im Zuge der energetischen Sanierung des Gebäudes eingebaute elektrisch betriebene Luft-Wasser Wärmepumpe. Die durch die Wärmepumpe in 2018 und 2019 erzeugten Wärmemengen werden erstmalig mit Erstellung der Bilanz für das Jahr 2020 aufgeführt und sind noch nicht Bestandteil dieser Betrachtung.

⁶ Ohne den Anteil der Wärmepumpe, da deren Wärmeerzeugung retrospektiv nicht mehr ermittelbar war.



Niederlassung Nord des LBIH - Standort Goethestraße

Energie		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Strom	Verbrauch	kWh	29.314	33.879	42.606	+25,8%
	Je VZÄ	kWh	924,3	1.090,0	1.318,8	+21,0%
	Je m ² BGF	kWh	13,3	15,4	19,4	+25,8%
Wärme	Verbrauch	kWh	172.070	156.610	164.710	+5,2%
	Je VZÄ	kWh	5.377,2	5.051,1	5.147,2	+1,2%
	Je m ² BGF	kWh	78,25	71,22	74,90	+5,2%
Wärmeverbrauch witterungsbereinigt		kWh	189.277	181.668	189.417	+4,3%
Energieverbrauch (ohne Kfz)	Gesamt	kWh	201.384	190.489	207.316	+8,8%
	Je VZÄ	kWh	6.352,8	6.125,0	6.418,4	-4,8%
Verbrauch erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	117.070	113.750	126.608	+11,3%
	Je VZÄ	kWh	3.691,4	3.659,9	3.918,9	+7,1%
Erzeugung erneuerbarer Energien	Gesamt	kWh	-	-	-	-
	Je VZÄ	kWh	-	-	-	-
Kraftfahrzeuge	Gesamt	kWh	5.965	6.225	6.918	+11,1%

Die Niederlassung Nord des LBIH am Standort Goethestraße in Kassel ist in einem denkmalgeschützten und energetisch nicht sanierten Gebäude untergebracht. Die Wärmeverbräuche sind demnach im Vergleich zu den übrigen Liegenschaften entsprechend hoch.

Das Gebäude ist an die Fernwärmeversorgung der

Stadt Kassel angebunden. Der Anteil erneuerbarer Energien beträgt rd. 51%.

Aufgrund der geplanten Zusammenführung der Kasseler Standorte des LBIH Nord in einem gemeinsamen neuen Dienstgebäude in Kassel ist eine grundlegende Sanierung des Bürogebäudes in der Goethestr. nicht geplant.

WASSER / ABWASSER

Finanzamt Eschwege-Witzenhausen

Wasser		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Schlesienstr., Eschwege						
Wasser	Verbrauch	m ³	197	210	219	+1,4%
	Je VZÄ	l	3.940	4.190	3.890	-7,2%
Max-Woelm-Str., Eschwege						
Wasser	Verbrauch	m ³	118	131	180	+37,4%
	Je VZÄ	l	4.400	4.620	7.180	+55,6%



Wasser		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Witzenhausen						
Wasser	Gesamt	m ³	219	193	203	+5,2%
	Je VZÄ	l	7.720	7.000	7.950	+13,6%

Der deutliche Anstieg der Wasserverbräuche in der Max-Woelm-Str. in Eschwege in 2019 ist auf einen Wasserrohrbruch zurückzuführen. In 2019 wurden in allen Liegenschaften Aquatower eingerichtet. In der Schlesienstraße sind die Toilettenanlagen und Teeküchen vor einigen Jahren saniert worden. Die Anlagen in der Max-Woelm-Str. und in Witzenhausen sind veraltet. Daraus lässt sich

auch auf die in Witzenhausen durchgehend hohen Wasserverbräuche je VZÄ schließen, die den Leistungsrichtwert für öffentliche Verwaltungen von 6.400 l je VZÄ übersteigen. In Witzenhausen und der Max-Woelm-Str. wird die Funktionalität der Spartasten und der Einbau von Wasserspararmaturen geprüft und diese ggf. erneuert.

Finanzamt Korbach Frankenberg

Wasser		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Korbach						
Wasser ⁸	Verbrauch	m ³	1.078	723	1.260	+74,3%
	Je VZÄ	l	7.610	5.080	8.480	+66,8%
	Hochrechnung auf ein Jahr	m ³	-	1.003	1.306	+30,2%
	Hochrechnung Je VZÄ	l	-	7.050	6.793	+24,7%
Frankenberg						
Wasser	Verbrauch	m ³	343	393	357	-9,2%
	Je VZÄ	l	8.310	8.720	9.040	+3,8%

Sowohl in Korbach als auch in Frankenberg liegen die Wasserverbräuche im Zeitraum 2017 bis 2019 deutlich über dem Leistungsrichtwert für öffentliche Verwaltungen von 6.400 l je VZÄ pro Jahr. Zur

Verringerung des Wasserverbrauchs wurden in Korbach in 2019 die Spülkästen erneuert. In Frankenberg werden ab Oktober 2020 bis März 2021 sämtliche Wasserrohre und Sanitäranlagen saniert.



Niederlassung Nord des LBIH - Standort Goethestraße

Wasser		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Wasser	Verbrauch	m ³	197	197	192	-2,5%
	Je VZÄ	l	6.210	6.340	5.940	-6,2%

Die Wasserverbräuche in der Goethestr. sind in den vergangenen Jahren konstant geblieben und liegen knapp unter dem Leistungsrichtwert von

6.400 l je VZÄ pro Jahr. Zukünftige Potentiale werden in der neuen Liegenschaft in Kassel geprüft.

ABFALL

Das Abfallaufkommen beschränkt sich in allen Dienststellen auf haushaltsübliche, nicht gefährliche Abfälle. Potential besteht insbesondere in der Vermeidung von Verpackungsmüll durch stetige Sensibilisierung und in der Reduzierung des Papiergebrauchs. Die Abfallmengen liegen im Finanzamt Eschwege-Witzenhausen und der LBIH Niederlassung Nord bereits deutlich unter der Referenzmenge für öffentlichen Verwaltungen von weniger als 200 kg je VZÄ pro Jahr.

Im Finanzamt Korbach-Frankenberg liegen die Mengen über dem Leistungsrichtwert. Da sich die Abfälle in den verschiedenen Dienststellen nicht grundlegend unterscheiden, könnte dies in der nicht exakt möglichen Mengenermittlung begründet sein. Die Abfallmengen wurden über eine Hochrechnung der jährlichen Leerungen der jeweiligen Container ermittelt, die in Korbach und Frankenberg größer als in den anderen Liegenschaften und voraussichtlich nicht voll befüllt sind.

Im Finanzamt Eschwege-Witzenhausen stehen Aquatower zur Verfügung, über die sich die Beschäftigten mit Wasser versorgen und durch die Nutzung von Mehrwegflaschen den Einkauf von Plastikflaschen sparen können.

Im Finanzamt Korbach gibt es eine Kantine mit Frühstücksangebot, in der auf Verpackungen verzichtet wird. Zur Sensibilisierung der Mitarbeitenden und zur weiteren Reduzierung des Plastikmülls erhielten zudem alle Mitarbeiter*innen Mehrweg-Thermosflaschen.

Zur Vermeidung von Einwegbehältnissen steht den Beschäftigten in allen Dienststellen Geschirr zur täglichen Nutzung zur Verfügung.

In allen Dienststellen wurde außerdem die Abfalltrennung überprüft. In den Finanzämtern sind ausreichend Trennsysteme eingerichtet. Im Finanzamt Eschwege-Witzenhausen wurden weitere Hinweise sichtbar an den Behältern angebracht, um den Beschäftigten die richtige Trennung zu erleichtern. Bei der LBIH NL wurde bislang Biomüll nicht getrennt gesammelt. Ein neues Trennsystem wird nun im neuen Dienstgebäude realisiert und das Konzept entsprechend kommuniziert.

Weitere Abfälle, wie z.B. Elektroschrott oder Toner, werden von zertifizierten Dienstleistern ausgetauscht oder dem Recycling zugeführt und sind deshalb hier nicht aufgeführt.



Finanzamt Eschwege-Witzenhausen

Abfall	Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Restmüll	t	1,08396	0,92772	0,92772	-
Plastik	t	0,814	0,814	0,814	-
Papier	t	16,692	18,516	12,816	-30,8%
Biomüll	t	0,936	0,936	0,936	-
Gesamtmenge	t	19,526	21,194	15,494	-26,9%
Gesamtmenge je VZÄ	kg	85,60	199,87	144,95	-27,5%

Finanzamt Korbach-Frankenberg

Abfall	Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Restmüll	t	9,105	9,105	9,105	-
Plastik	t	2,488	2,488	2,488	-
Papier	t	30,270	31,130	30,840	-0,9%
Biomüll	t	1,544	1,544	1,544	-
Gesamtmenge	t	43,403	44,267	43,977	-0,9%
Gesamtmenge je VZÄ	kg	237,4	236,3	233,8	-1,1%

Niederlassung Nord des LBIH - Standort Goethestraße

Abfall	Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Restmüll	t	3,3852	3,3852	3,3852	-
Plastik	t	0,21112	0,21112	0,21112	-
Papier	t	2,597	0,503	0,721	+43,3%
Biomüll	t	-	-	-	-
Gesamtmenge	t	6,19332	4,09932	4,31732	+5,3%
Gesamtmenge je VZÄ	kg	195,3	131,9	133,6	+1,3%



PAPIERVERBRAUCH

Die Papierverbräuche wurden über die Einkaufsmengen ermittelt. Die Veränderungen zum Vorjahr lassen daher keine konkrete Analyse zu. Bei Betrachtung aller drei Jahre wird deutlich, dass der Papierverbrauch in allen drei Dienststellen konstant hoch ist. Ziel ist, bis 2025 in den Finanzämtern und bis 2030 im LBIH den Leistungsrichtwert für öffentliche Verwaltungen von 15 Blatt DIN A 4 je VZÄ pro Arbeitstag zu erreichen.

Der Verbrauch von Büropapier ist einer der wesentlichen Umweltaspekte mit Steuerungspotential. Sowohl die Finanzämter als auch der LBIH sind in bestimmten Arbeitsabläufen aufgrund organisatorischer oder gesetzlicher Rahmenbedingungen noch an Papier gebunden. In vielen Bereichen ermöglichen aber automationsgestützte Prozesse bereits jetzt den weitgehenden Verzicht auf Papier. Viele Informationen sind in den Finanzämtern z.B. überwiegend in elektronischen Akten gespeichert. Die Kommunikation mit Bürgern ist in vielen Teilen ausschließlich elektronisch über ELSTER möglich. Durch die stetige Weiterentwicklung der IT-Programme ist in Zukunft von einer deutlichen Verringerung des Papierverbrauchs auszugehen.

Einen weiteren Beitrag wird die landesweit flächendeckende Einführung eines Dokumentenmanagementsystems⁷ und einer elektronischen Personalakte¹¹ leisten.

Neben der voranschreitenden Digitalisierung der Verwaltungsabläufe dürfte sich in Zukunft auch ein neues Druckerkonzept in den Finanzämtern positiv auswirken. Mitte 2020 wurden alle Finanzämter mit zentralen Netzwerkdruckern ausgestattet, die in Zukunft schrittweise die noch vorhandenen Arbeitsplatzdrucker ersetzen sollen. In der LBIH NL Nord ist eine entsprechende Ausstattung mit Netzwerkdruckern schon vorhanden. Die etwas längeren Wege zum Drucker sorgen nicht nur für Bewegung und Gesundheit, sondern sollen auch die Sensibilität für die Druckmenge und Erfordernis eines Ausdrucks erhöhen.

Bei der Beschaffung der Materialien wird größtenteils auf ökologische Kriterien Rücksicht genommen. Ziel ist, wie im Finanzamt Eschwege-Witzenhausen schon umgesetzt und als Leistungsrichtwert von der EU vorgegeben, zukünftig ausschließlich Büropapier mit Umweltzeichen zu nutzen.

Finanzamt Eschwege-Witzenhausen

Papier		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Büropapier	Verbrauch	Blatt DIN A4	500.000	700.000	600.000	-14,3%
	Je VZÄ	Blatt DIN A4	4.752,2	6.601,2	5.613,3	-15,0%
	Je VZÄ pro Arbeitstag	Blatt DIN A4	21,6	30,0	25,5	-15,0%
	Anteil Recyclingpapier	%	100	100	100	-

⁹ <https://www.elster.de/eportal/start>

¹⁰ <https://staatskanzlei.hessen.de/initiativen/effizienz-der-verwaltung/informationstechnik-fuer-modernisierung-nutzen>

¹¹ <https://staatskanzlei.hessen.de/initiativen/effizienz-der-verwaltung/dienstleister-fuer-buerger-und-wirtschaft>



Finanzamt Korbach-Frankenberg

Papier	Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr	
Büropapier	Verbrauch	Blatt DIN A4	912.000	1.014.000	1.014.000	-
	Je VZÄ	Blatt DIN A4	4.987,4	5.413,5	5.390,5	-0,4%
	Je VZÄ pro Arbeitstag	Blatt DIN A4	22,7	24,6	24,5	-0,4%
	Anteil Recyclingpapier	%	98,7	98,6	98,6	-

Niederlassung Nord des LBIH - Standort Goethestraße

Papier	Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr	
Büropapier	Verbrauch	Blatt DIN A4	308.671	253.364	272.574	+7,6%
	Je VZÄ	Blatt DIN A4	9.646,0	8.173,0	8.517,9	+4,2%
	Je VZÄ pro Arbeitstag	Blatt DIN A4	43,9	37,2	38,7	+4,2%
	Anteil Recyclingpapier	%	98,2	96,8	94,3	-3,0%

GEBÄUDEBEZOGENE EMISSIONEN

Im Folgenden sind die wichtigsten umweltrelevanten Emissionen der einzelnen Liegenschaften dargestellt. Die direkten Emissionen der Treibhausgase werden als Summe aller relevanten Treibhausgase in CO₂-Äquivalenten (CO_{2e}) angegeben. Jedes Treibhausgas trägt in unterschied-

lichem Maß zu der Erwärmung der Atmosphäre bei. Diese Eigenschaft wird als Treibhauspotential (Global Warming Potential = GWP) bezeichnet. PFC, NF₃ und SF₆ fallen bei uns nicht an und sind dementsprechend in den nachfolgenden Tabellen nicht aufgeführt.



Finanzamt Eschwege-Witzenhausen

		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Material Rohstoffe						
Kältemittel		kg	0	0	0	-
Emissionen aus Heiz-/Kühlenergie¹¹						
Treibhausgasemissionen	gesamt	kgCO _{2e}	97.138	88.272	93.870	+6,3%
	Je VZÄ	kgCO _{2e}	923	832	878	+5,5%
Eschwege, Schlesienstr.						
Treibhausgasemissionen		kgCO _{2e}	30.969	29.296	28.901	-1,4%
Je VZÄ		kgCO _{2e}	619,1	584,8	513,2	-12,2%
SO ₂		g	225	213	210	-1,4%
NO _x		g	9.273	8.772	8.654	-1,4%
PM10		g	1.111	1.051	1.037	-1,4%
Eschwege, Max-Woelm-Str.						
Treibhausgasemissionen		kgCO _{2e}	27.536	23.567	26.956	+14,4%
Je VZÄ		kgCO _{2e}	1.027,9	830,7	1.075,9	+29,5%
SO ₂		g	200	171	198	+14,4%
NO _x		g	8.245	7.057	8.072	+14,4%
PM10		g	988	845	967	+14,4%
Witzenhausen						
Treibhausgasemissionen		kgCO _{2e}	38.633	35.409	38.013	+7,4%
Je VZÄ		kgCO _{2e}	1.361,5	1.284,2	1.489,5	+16,0%
SO ₂		g	280	257	276	+7,4%
NO _x		g	11.568	10.603	11.382	+7,4%
PM10		g	1.386	1.270	1.364	+7,4%

¹¹ Die direkten Emissionen der Treibhausgase werden als Summe aller relevanten Treibhausgase in CO₂-Äquivalenten (CO_{2e}) angegeben. Jedes Treibhausgas trägt in unterschiedlichem Maß zu der Erwärmung der Atmosphäre bei. Diese Eigenschaft wird als Treibhauspotential (Global Warming Potential = GWP) bezeichnet.



Finanzamt Korbach-Frankenberg

		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Material Rohstoffe						
Kältemittel		kg	0	0	0	-
Emissionen aus Heiz-/Kühlenergie						
Treibhausgasemissionen	gesamt	kgCO _{2e}	20.404	17.851	14.019	-21,5%
	je VZÄ	kgCO _{2e}	111,6	95,3	74,5	-21,8%
Korbach						
Treibhausgasemissionen		kgCO _{2e}	2.225	1.936	1.922	-0,7%
Je VZÄ		kgCO _{2e}	15,7	13,6	12,9	-5,0%
SO ₂		G	0	0	0	-
NO _x		G	286.136	248.963	247.145	-0,7%
PM10		G	7.949	6.916	6.865	-0,7%
Frankenberg						
Treibhausgasemissionen		kgCO _{2e}	18.179	15.914	12.097	-24,0%
Je VZÄ		kgCO _{2e}	440,38	3.352,9	306,4	-13,2%
SO ₂		g	132	116	88	-24,0%
NO _x		g	5.433	4.765	3.622	-24,0%
PM10		g	652	571	434	-24,0%

Niederlassung Nord des LBIH - Standort Goethestraße

		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Material Rohstoffe						
Kältemittel		kg	0	0	0	-
Emissionen aus Heiz-/Kühlenergie						
Treibhausgasemissionen		kgCO _{2e}	46.936	42.719	44.928	+5,2%
Gesamtemissionen je VZÄ		kgCO _{2e}	1.480,0	1.374,5	1.390,7	+1,2%
SO ₂		g	24.024	21.8656	22.997	+5,2%
NO _x		g	62.702	57.069	60.020	+5,2%
PM10		g	3.225	2.935	3.087	+5,2%



MOBILITÄT UND CO₂e-EMISSIONEN

Dienstreisen gehören in einigen Arbeitsbereichen im Finanzressort, z.B. bei Betriebsprüfungen oder Baustellenterminen, zum Tätigkeitsfeld. Gemeinsam mit Reisen zu Veranstaltungen und Fortbildungen legen die Mitarbeiter*innen dadurch jährlich große Strecken zurück und verursachen dadurch entsprechende Umweltauswirkungen. Wir machen uns daher zur Aufgabe, vermeidbare Reisen zu reduzieren und Anreize zu setzen, um auf umweltchonende Verkehrsmittel umzusteigen.

Bei allen Dienststellen besteht durch ihre Lage in Nordhessen Potential, Reisen zu Besprechungen und Fortbildungen, die häufig in den vorgesetzten Behörden in Frankfurt oder Wiesbaden stattfinden, durch digitale Alternativen zu ersetzen. Die Finanzämter wurden in 2020 mit Notebooks und Videokonferenzsystemen (z.B. Skype for Business) ausgestattet. In der LBIH Niederlassung ist eine zentrale Videokonferenzeinrichtung vorhanden. Ziel ist es zukünftig nach Möglichkeit Fortbildungen und Besprechungen digital durchzuführen.

Da sich nicht alle Dienstreisen vermeiden lassen, spielt auch die Wahl der Verkehrsmittel eine große Rolle. Primäres Ziel ist, die Reisen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fördern. Ein Anreiz besteht dahingehend, dass alle Beschäftigten des Landes Hessen mit einem LandesTicket¹³ für den öffentlichen Nahverkehr in ganz Hessen ausgestattet sind. Allerdings lassen die Lagen der Dienststellen in ländlichen Regionen zeitlich und infrastrukturell eine Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht immer zu. Ein weiteres Ziel ist daher, umweltfreundlichere Fahrzeuge für die Dienststellen zu beschaffen und die E-Mobilität weiter auszubauen.

Die Landesregierung bietet finanzielle Unterstützung für den Wandel zum E-Fuhrpark an. Auch Ladesäulen werden gefördert und können für Dienstwagen als auch private E-Fahrzeuge kostenfrei genutzt werden. In den beiden Finanzämtern ist eingeplant, eine entsprechende Infrastruktur zu errichten und den Fuhrpark umzustellen. Im neuen

Dienstgebäude der LBIH Niederlassung Nord in Kassel sind bereits eine Ladestation eingerichtet und E-Fahrzeuge vorhanden.

Eine große Rolle spielt auch der Einsatz von elektrischen Dienstfahrrädern, sogenannten „Pedelecs“. Beide Finanzämter haben in 2019 Pedelecs erhalten, die u.a. bei Kurierfahrten zwischen Verwaltungsstellen im Einsatz sind und dadurch teilweise den Pkw ersetzen. In der LBIH Niederlassung wurde bislang auch ein Pedelec für Wege zwischen den Standorten in Kassel genutzt. Darüber hinaus nutzen auch viele Beschäftigte in den Finanzämtern die Pedelecs in der Mittagspause und können sich so von den gesundheitlichen und ökologischen Vorteilen für das Privatleben selbst überzeugen.

Neben den Dienstreisen sind schließlich auch die Pendlerstrecken der Beschäftigten ein wesentlicher Umweltaspekt. Ziel ist, im kommenden Jahr das Pendlerverhalten zu analysieren und auch diese Emissionen zu erfassen.

Für einen umweltfreundlichen Pendlerverkehr haben alle Beschäftigten des Landes neben der kostenfreien Nutzung des ÖPNV mit dem LandesTicket auch die Möglichkeit, seit dem 1. Januar 2019 einen unverzinslichen Vorschuss zum Erwerb eines Fahrrades oder Pedelecs, das für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte genutzt wird, zu erhalten. Praktische Hinweise zur Auswahl eines geeigneten Pedelecs und für die Beschaffung und Nutzung liefert eine Broschüre, die gemeinsam vom Finanz- und Wirtschaftsministerium veröffentlicht wurde¹⁴.

Für die Jahre 2017 bis 2019 wurden Dienstreisen mit dem Fuhrpark der Dienststellen, privaten Kfz der Beschäftigten, Bahnfahrten für die Tickets durch die Dienststelle erworben wurden und Fahrten mit Bahn und ÖPNV, die als Reisekosten abgerechnet wurden, erfasst. Fahrten mit dem ÖPNV mit dem LandesTicket können nicht nachvollzogen werden und sind daher bisher nicht erfasst.

¹³ <https://innen.hessen.de/buerger-staat/personalwesen/landesticket-fuer-hessen-unterwegs>

¹⁴ <https://co2.hessen-nachhaltig.de/de/mobilitaet.html>



Finanzamt Eschwege-Witzenhausen

Dienstreisen		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Reisekilometer gesamt (ohne LandesTicket)	Strecke	km	135.247	123.829	128.125	+3,5%
	Je VZÄ	km	1.288,1	1.168,2	1.197,4	+2,5%
Pkw-Nutzung						
Pkw-Nutzung gesamt	Strecke	km	121.082	109.287	113.009	+3,4%
	VZÄ	km	1.153,2	1.031,0	1.056,2	+2,4%
	CO _{2e}	kg	18.845	16.304	17.850	+9,5%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	179,5	153,8	166,9	+8,5%
Dienstfahrzeuge (Diesel)	Strecke	km	34.995	30.842	36.856	+19,5%
	Je VZÄ	km	333,3	291,0	344,5	+18,4%
	Verbrauch	l	2.169	1.645	2.136	+29,8
	Verbrauch/100km	l/100km	6,2	5,3	5,8	+8,7%
	CO _{2e}	kg	5.314	4.031	5.234	+29,8%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	50,5	38,0	49,0	+28,8%
Dienstfahrzeuge (Benzin)	Strecke	km	41.276	39.529	31.462	-20,4%
	Je VZÄ	km	393,1	372,9	294,0	-21,2%
	Benzin	l	2.719	2.609	2.223	-14,8%
	Verbrauch/100km	l/100km	6,6	6,6	7,1	+7,1%
	CO _{2e}	kg	5.870	5.632	4.800	-14,8%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	55,8	53,1	44,9	-15,5%
Private Kfz	Strecke	km	44.811	38.916	44.691	+14,8%
	Je VZÄ	km	411,1	353,6	412,9	+16,8%
	CO _{2e}	kg	7.661	6.641	7.816	+17,7%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	72,8	62,6	73,1	+16,8%
Öffentliche Verkehrsmittel						
Bahn	Strecke	km	14.079	14.526	15.090	+3,0%
	Je VZÄ	km	134,1	137,0	141,0	+2,9%
	CO _{2e}	kg	40	45	0	-100%
ÖPNV	Strecke	km	86	16	26	+62,5%
	Je VZÄ	km	0,82	0,15	0,25	+60%
	CO _{2e}	kg	4	1	1	-



Finanzamt Korbach-Frankenberg

Dienstreisen		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Reisekilometer gesamt (ohne LandesTicket)	Strecke	km	235.274	227.727	231.528	+1,7%
	Je VZÄ	km	1.26,6	1.215,8	1.230,8	+1,2%
Pkw -Nutzung						
PKW-Nutzung gesamt	Strecke	km	198.276	203.508	198.505	-2,5%
	Je VZÄ	km	1.084,3	1.086,5	1.055,3	-2,9%
	CO _{2e}	kg	30.224	32.169	31.854	-1,0%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	165,3	171,7	169,3	-1,4%
Dienstfahrzeuge (Diesel)	Strecke	km	30.908	26.688	25.990	-2,6%
	Je VZÄ	km	169,7	124,9	128,5	+2,8%
	Diesel	l	3.134	2.364	2.441	+3,3%
	Verbrauch/100 km	l/100km	10,1	8,9	9,4	+6,0%
	CO _{2e}	kg	7.679	5.792	5.981	+3,8%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	41,99	30,92	31,79	+2,8%
Dienstfahrzeuge (Benzin)	Strecke	km	81.641	69.571	70.633	+1,5%
	Je VZÄ	km	165,08	161,59	170,64	+5,6%
	Benzin	l	3.411	3.420	3.627	+6,1%
	Verbrauch/100 km	l/100km	4,2	4,9	5,1	+4,3%
	CO _{2e}	kg	7.363	7.383	7.830	+6,1%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	40,3	39,4	41,6	+5,6%
Private Kfz	Strecke	km	85.727	107.249	101.882	-5,0%
	Je VZÄ	km	468,8	572,6	541,6	-5,4%
	CO _{2e}	kg	15.182	18.944	18.043	-5,0%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	83,0	101,4	95,9	-5,4%
Öffentliche Verkehrsmittel						
Bahn	Strecke	km	38.606	24.062	32.811	+36,4%
	Je VZÄ	km	200,2	128,5	174,4	+35,7%
	CO _{2e}	kg	52	20	0	-100%
ÖPNV (ohne LandesTicket)	Strecke	km	389	158	212	+34,2%
	Je VZÄ	km	2,1	0,8	1,1	+33,7%
	CO _{2e}	kg	18	7	10	+42,9%



Niederlassung Nord des LBIH - Standort Goethestraße

Dienstreisen		Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Reisekilometer gesamt (ohne LandesTicket)	Strecke	km	25.608	26.978	25.362	-6,0%
	je VZÄ	km	800,3	870,3	792,6	-8,9%
Pkw-Nutzung						
PKW-Nutzung gesamt	Strecke	km	24.551	24.606	24.148	-1,8%
	je VZÄ	km	767,2	793,7	754,9	-4,9%
	CO _{2e}	kg	4.163	4.232	4.241	+0,2%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	130,1	136,5	132,5	-2,9%
Dienstfahrzeuge	Strecke	km	9.378	9.412	9.876	+4,9%
Kleinwagen Diesel	Strecke	km	578	1.659	1.950	+17,5%
	Strecke Je VZÄ	km	18,1	53,5	60,9	+13,8%
	Verbrauch/ 100 km	l/ 100km	4,7	6,1	7,4	+21,3%
Mittelklasse Diesel	Strecke	km	8.800	7.753	7.926	+2,2%
	Gesamt/VZÄ	km	275,0	250,1	247,7	-1,0%
	Verbrauch/ 100 km	l/ 100km	6,5	6,8	7,0	+3,1%
Emissionen Dienstfahrzeuge	CO _{2e}	kg	1.476	1.541	1.712	+11,1%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	46,1	49,7	53,5	+7,7%
Private Kfz	Strecke	km	15.173	15.194	14.282	-6,0%
	je VZÄ	km	474,2	490,1	446,3	-8,9%
	CO _{2e}	kg	2.687	2.691	2.529	-6,0%
	CO _{2e} /VZÄ	kg	84,0	86,8	79,0	-8,9%
Öffentliche Verkehrsmittel						
Bahn	Strecke	km	917	2.372	1.193	-50,3%
	je VZÄ	km	28,7	76,4	37,3	-51,3%
	CO _{2e}	kg	11	28	14	-50,3%
ÖPNV (ohne LandesTicket)	Strecke	km	140	0	11	-
	je VZÄ	km	4,4	0	0,3	-
	CO _{2e}	kg	6	0	0	-



Entsprechend der Reiseentfernung und der Wahl des Verkehrsmittels werden unterschiedliche Emissionsfaktoren eingesetzt. Dabei werden die direkten Emissionen der Fahrzeuge sowie die Emissionen der Kraftstoffvorkette berücksichtigt.

Bei Bahnreisen bildet die Kraftstoffvorkette im Wesentlichen den Stromverbrauch der Fahrzeuge ab.

Die DB-AG stellt den Stromverbrauch für Bahn Corporate Kunden wie das Land Hessen für Fahrten mit ICE, IC und EC klimaneutral, so dass die über das Großkundenabonnement (GKA) und damit der Großteil der gebuchten Fahrten mit dem Emissionsfaktor 0,00 kgCO_{2e} je Personenkilometer (pkm) angesetzt werden.

GESAMTEMISSIONEN (GEBÄUDE UND MOBILITÄT)

Im Folgenden sind die Gesamtemissionen aus Heiz- und Kühlenergie sowie der Mobilität der Beschäftigten zusammengefasst:

Gesamtemissionen	Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Finanzamt Eschwege-Witzenhausen					
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	115.983	104.576	111.720	+6,8%
Je VZÄ	kgCO _{2e}	1.102,5	985,6	1.045,1	+6,1%
Finanzamt Korbach-Frankenberg					
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	50.699	50.047	45.883	-8,3%
Je VZÄ	kgCO _{2e}	277,3	267,2	243,9	-8,7%
LBIH Niederlassung Nord, Goethestraße					
Treibhausgasemissionen	kgCO _{2e}	51.117	46.978	49.185	+4,7%
Je VZÄ	kgCO _{2e}	1.611,9	1.511,5	1.522,4	+0,7%

Ein Gesamtwert der Treibhausgasemissionen für alle drei Dienststellen wird nicht gebildet und überwacht. Für die gesamte Hessische Landesverwaltung wird bereits regelmäßig eine CO₂-Bilanz erstellt.¹⁵

¹⁵ <https://co2.hessen-nachhaltig.de/de/co2-bilanz-ergebnisse.html>



BIOLOGISCHE VIELFALT - FLÄCHENNUTZUNG

Der Flächenverbrauch, steigende Beanspruchung natürlicher Ressourcen durch den Menschen und die Folgen des Klimawandels führen zu einem immer weiter steigenden Verlust der biologischen Vielfalt in Hessen und der Welt. Das Kabinett hat daher am 3. Juni 2013 die Hessische Biodiversitätsstrategie verabschiedet. Mit der Biodiversitätsstrategie verknüpft die Landesregierung verschiedene Zielsetzungen, unter anderem der Schutz von Lebensräumen und Arten, besonders in Schutzgebieten, sowie die Beobachtung und ggf. Zurückdrängung invasiver Arten.¹⁶

Das HMdF leistet dabei u.a. dadurch einen Beitrag zur hessischen Biodiversitätsstrategie, dass bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes Hessen eine biodiversitätsfreundliche Gestaltung, insbesondere der Außenanlagen, in der Planung und Baudurchführung angestrebt wird. Die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Hessen werden im Rahmen der Neufassung der Geschäftsanweisung für den Staatlichen Hochbau des Landes Hessen (GABau), die derzeit in der Endabstimmung ist, berücksichtigt. Außerdem werden Hinweise zur Förderung der Biodiversität im Rahmen der Bewirtschaftung der Außenanlagen durch den LBIH erarbeitet.¹⁷

Die betrachteten Dienststellen leisten zudem vor Ort individuell Beiträge zum Erhalt der Biodiversität. Am Finanzamt in Eschwege in der Schlessenstr. wurde anlässlich des Starts des EMAS-Pilotprojekts z.B. eine Flatterulme, der Baum des Jahres 2019, gepflanzt. Anlässlich des Tages der Nachhaltigkeit haben die Anwärtler*innen eine Bienenwiese angelegt und übernehmen eine Patenschaft für die Pflege dieser Außenanlage.

Am 21.10.2020 wurde ein Stabahorn in Witzenhäusern gepflanzt. Auch vor dem neuen Dienstgebäude der LBIH Niederlassung Nord in Kassel ist eine Baumpflanzung geplant. Die beiden Dienststellen nehmen dabei an einer Aktion der Initiative „CO₂-neutralen Landesverwaltung“ teil, die anlässlich des 6. Hessischen Tags der Nachhaltigkeit am 10.09.2020 die Kosten für bis zu 100 Baumpflanzungen in Hessen übernimmt.

In Korbach ist der Anteil naturnaher Flächen im Vergleich bereits sehr hoch, sodass zunächst keine weiteren Maßnahmen für die Biodiversität ergriffen werden.

¹⁶ <https://biologischevielfalt.hessen.de/de/hessische-biodiversitaetsstrategie.html>

¹⁷ <https://biologischevielfalt.hessen.de/de/ziel-xi-landesministerien.html>



Finanzamt Eschwege-Witzenhausen

Flächen	Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Schlesienstr., Eschwege					
Gesamter Flächenverbrauch	m ²	5.755	5.755	5.755	-
Je VZÄ	m ²	115,1	115,1	102,8	-10,7%
Gesamte versiegelte Fläche	m ²	2.274	2.274	2.274	-
Je VZÄ	m ²	45,5	45,5	40,6	-10,7%
Gesamte naturnahe Fläche am Standort	m ²	3.481	3.481	3.481	-
Je VZÄ	m ²	69,9	69,9	62,2	-10,6%
Max-Woelm-Str., Eschwege					
Gesamter Flächenverbrauch	m ²	1.041	1.041	1.041	-
Je VZÄ	m ²	38,6	37,2	41,6	+12,0%
Gesamte versiegelte Fläche	m ²	1.041	1.041	1.041	-
Je VZÄ	m ²	38,6	37,2	41,6	+12,0%
Gesamte naturnahe Fläche am Standort	m ²	0	0	0	-
Je VZÄ	m ²	0	0	0	-
Witzenhausen					
Gesamter Flächenverbrauch	m ²	9.218	9.218	9.218	-
Je VZÄ	m ²	329,2	329,2	354,5	+7,7%
Gesamte versiegelte Fläche	m ²	3.352	3.352	3.352	-
Je VZÄ	m ²	119,7	119,7	128,9	+7,7%
Gesamte naturnahe Fläche am Standort	m ²	5.866	5.866	5.866	-
Je VZÄ	m ²	209,5	209,5	225,6	+7,7%



Finanzamt Korbach-Frankenberg

Flächen	Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Korbach					
Gesamter Flächenverbrauch	m ²	14.547	14.547	14.547	-
Je VZÄ	m ²	99,6	97,6	94,5	-3,2%
Gesamte versiegelte Fläche	m ²	4.996	4.996	4.996	-
Je VZÄ	m ²	34,2	33,5	32,4	-3,2%
Gesamte naturnahe Fläche am Standort	m ²	9.551	9.551	9.551	-
Je VZÄ	m ²	65,4	64,1	62,0	-3,2%
Frankenberg					
Gesamter Flächenverbrauch	m ²	1.307	1.307	1.307	-
Je VZÄ	m ²	27,8	26,7	31,1	+16,7%
Gesamte versiegelte Fläche	m ²	1.079	1.079	1.079	-
Je VZÄ	m ²	23,0	22,0	25,7	+16,7%
Gesamte naturnahe Fläche am Standort	m ²	228	228	228	-
Je VZÄ	m ²	4,9	4,7	5,4	+16,7%

Niederlassung Nord des LBIH - Standort Goethestraße

Flächen	Einheit	2017	2018	2019	Veränderung zum Vorjahr
Gesamter Flächenverbrauch	m ²	1.658	1.658	1.658	-
Je VZÄ	m ²	51,8	53,5	51,8	-3,1%
Gesamte versiegelte Fläche	m ²	756	756	756	-
Je VZÄ	m ²	23,6	24,4	23,6	-3,3%
Gesamte naturnahe Fläche am Standort	m ²	902	902	902	-
Je VZÄ	m ²	28,2	29,1	28,2	-3,1%



NACHHALTIGE BESCHAFFUNG

Das Land Hessen hat im Frühjahr 2008 unter dem Leitmotiv „Hessen nachhaltig - Lernen und Handeln für unsere Zukunft“ die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen initiiert. Einen Baustein in dieser Strategie stellt das Projekt „Nachhaltige Beschaffung in Hessen“ dar. Die Hessische Landesverwaltung bekennt sich damit dazu, ihre Produkte und Dienstleistungen unter konsequenter Anwendung der Kriterien „nachhaltig“ und „fair“ zu beschaffen und sie ständig im Sinne der Nachhaltigkeit zu verbessern. Daher wurden für die Verwaltung ein Leitbild und für die Beschaffer „vor Ort“ Produktleitfäden für die Praxis entwickelt. Diese Einkaufshilfen wurden erstmals 2012 im Rahmen des Projektes „Hessen: Vorreiter für eine nachhaltige und faire Beschaffung“ erstellt. Sie enthielten Tipps zur Beschaffung von Bürobedarf, Bürogeräten mit Druckfunktion, Büromöbeln, Computern und Monitoren, Reinigungsdienstleistungen sowie Textil-

produkten. In Anbetracht der zwischenzeitlichen ökologischen, technischen als auch rechtlichen Fortentwicklung haben sie eine umfangreiche Überarbeitung erfahren.

Insbesondere das zum 1. März 2015 in Kraft getretene Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) hat es ermöglicht, öffentliche Auftragsvergaben im Hinblick auf soziale, ökologische Anforderungen sowie Nachhaltigkeit weiter auszugestalten. Das den Leitfäden innewohnende „Ampelsystem“, über das die „Rechtssicherheit“ der jeweiligen nachhaltigen Anforderung verdeutlicht wird, zeigt nun keine „rote Ampel“ mehr. Diese bedeutete ursprünglich, dass eine Anforderung nicht rechtssicher angewendet werden konnte.

Die Leitfäden sind auf der Webseite des Hessischen Ministeriums der Finanzen zu finden.¹⁸

¹⁸ <https://finanzen.hessen.de/ueber-uns/nachhaltigkeitsshyprojekte/nachhaltige-beschaffung-hessen>

WESENTLICHE UMWELTRECHTLICHE ANFORDERUNGEN UND DEREN EINHALTUNG (RECHTSKATASTER)

Die externen Vorgaben an unsere Organisation und an unser Umweltmanagementsystem sind durch die für uns geltenden rechtlichen Vorschriften sowie die unserem Managementsystem zugrundeliegenden Normen definiert. Zu den rechtlichen Anforderungen haben wir ein Rechtskataster und eine Liste der daraus resultierenden wiederkehrenden Pflichten eingerichtet. Sie helfen uns die relevanten Umweltgesetze und -verordnungen im Blick zu behalten. Die Aktualisierung des Rechtskatasters und der daraus abgeleiteten rechtlichen Forderungen, sowie deren Aktualisie-

rung erfolgt kontinuierlich. In internen Audits wird die Einhaltung überprüft. So stellen wir sicher, dass sowohl gegenwärtig als auch zukünftig keine Verstöße gegen geltendes Umweltrecht auftreten.

Im Wesentlichen resultieren die Rechtspflichten aus dem Betrieb und der Nutzung der Gebäude. Sie lassen sich in vier Gruppen zusammenfassen:

... gegenüber Beschäftigten	<ul style="list-style-type: none">→ Fürsorgepflichten→ Vermeidung von Gefährdungen→ Ergreifung von Schutzmaßnahmen
... gegenüber der Allgemeinheit	<ul style="list-style-type: none">→ Verkehrssicherungspflichten→ Schadensersatzpflicht
... gegenüber der Umwelt	<ul style="list-style-type: none">→ Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen
... gegenüber Behörden	<ul style="list-style-type: none">→ Mitteilungs-, Melde- und Auskunftspflichten

Die folgenden umweltrelevanten Rechtsvorschriften sind für uns wesentlich:

1. BImSchV / KÜO

Unsere Heizungsanlagen unterliegen - soweit es sich um Feuerungsanlagen handelt - der Kleinf Feuerungsanlagenverordnung (1. BImSchV) und der Kehr- und Überprüfungsordnung (KÜO). Sie werden regelmäßig gewartet und durch den Schornsteinfeger geprüft. Die vorgegebenen Grenzwerte werden eingehalten.

F-Gase-Verordnung

Wir betreiben Kälteanlagen und eine Wärmepumpe, die einer Pflicht zur Durchführung von Dichtheitsprüfungen nach F-Gase-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 517/2014) unterliegen (Kältemittelinhalt entspricht ≥ 5 t CO₂-Äquivalent). Diese werden durch Sachkundige gewartet, die notwendigen Dichtheitsprüfungen durchgeführt und in Logbüchern dokumentiert.

Kreislaufwirtschaftsgesetz / Nachweisverordnung

In unseren Liegenschaften fallen nichtgefährliche und gefährliche Abfälle an. Die gefährlichen Abfälle sind im Wesentlichen haushaltsüblich (z.B. Leuchtstoffröhren, Batterien/Akkus, etc.) und fallen nur in geringem Umfang an. Sie werden über öffentliche Entsorgungswege (Wertstoffhöfe, Schadstoffmobile) entsorgt und die Mengen nicht erfasst.

Gefahrstoffverordnung

Bei uns werden als Gefahrstoffe im Wesentlichen haushaltsübliche Gefahrstoffe (für Reinigung, Spülmaschinen, etc.) eingesetzt. Zu den Gefahrstoffen halten wir die vorliegenden Sicherheitsdatenblätter aktuell, führen ein Gefahrstoffverzeichnis und haben Betriebsanweisungen nach § 14 GefStoffV erstellt. Unsere Mitarbeiter werden regelmäßig zum adäquaten Umgang mit Gefahrstoffen unterwiesen.

Gewerbeabfallverordnung

Wir unterliegen der Gewerbeabfallverordnung. Wir trennen die bei uns anfallenden siedlungsähnlichen Gewerbeabfälle in folgende Fraktionen: Papier & Pappe, Metalle, Glas, gelber Sack, Bioabfälle. Altholz und Alttextilien fallen bei uns nicht oder nur in sehr geringem Umfang an und werden daher nicht getrennt erfasst. Die gemäß Gewerbeabfallverordnung geforderte Dokumentation ist erstellt.

In den hier betrachteten Liegenschaften gibt es keine Altlasten oder Altlastenverdachtsflächen.

ERKLÄRUNG DER UMWELTGUTACHTER ZU DEN BEGUTACHTUNGS- UND VALIDIERUNGSTÄTIGKEITEN

Die Unterzeichnenden, Michael Hub und Dr. Carola Welzl, EMAS-Umweltgutachter mit den Registrierungsnummern DE-V-0086 und DE-V-0188, akkreditiert oder zugelassen für den Bereich (NACE-Code)

- 84.1 Öffentliche Verwaltung

bestätigen, begutachtet zu haben, ob die Standorte, wie in der Umwelterklärung der Organisation

Hessisches Ministerium der Finanzen

Liegenschaften: **Finanzamt Eschwege-Witzenhausen**
Schlesienstr. 2, 37269 Eschwege
Max-Woelm-Str. 5/7, 37269 Eschwege
Südbahnhofstr. 37, 37213 Witzenhausen
Finanzamt Korbach-Frankenberg
Medebacher Landstr. 29, 34497 Korbach
Geismarer Str. 16, 35066 Frankenberg
Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen – Niederlassung Nord
Goethestr. 46, 34117 Kassel

angegeben, alle Anforderungen der

Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2018/2026 (EMAS)

über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für

Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung

erfüllen.

Mit der Unterzeichnung dieser Erklärung wird bestätigt, dass

- die Begutachtung und Validierung in voller Übereinstimmung mit den EMAS-Anforderungen durchgeführt wurden,
- das Ergebnis der Begutachtung und Validierung bestätigt, dass keine Belege für die Nichteinhaltung der geltenden Umweltvorschriften vorliegen,
- die Daten und Angaben der Umwelterklärung der Standorte ein verlässliches, glaubhaftes und wahrheitsgetreues Bild sämtlicher Tätigkeiten der Standorte innerhalb des in der Umwelterklärung angegebenen Bereichs geben.

Diese Erklärung kann nicht mit einer EMAS-Registrierung gleichgesetzt werden. Die EMAS-Registrierung kann nur durch eine zuständige Stelle gemäß EMAS-Verordnung erfolgen. Diese Erklärung darf nicht als eigenständige Grundlage für die Unterrichtung der Öffentlichkeit verwendet werden.

Frankfurt am Main, 09.12.2020



Michael Hub, Umweltgutachter
DAU-Zulassungsnummer: DE-V-0086



Dr. Carola Welzl, Umweltgutachterin
DAU-Zulassungsnummer: DE-V-0188

HESSEN



Herausgeber
Hessisches Ministerium der Finanzen
Friedrich-Ebert-Allee 8
65185 Wiesbaden

Vi.S.d.P.
Ralph-Nicolas Pietzonka

Inhaltlich Verantwortlich
Hessisches Ministerium der Finanzen,
Zentralabteilung

Redaktion
Silke Hartung, Carolin Pfaff

Kontakt
pressestelle@hmdf.hessen.de
info@hmdf.hessen.de

Internet
www.finanzen.hessen.de

Bildrechte
© HMDf / LBIH; Hintergrundbild: © freepic; S. 5: © Annika List

Artwork
N. Faber de.sign, Wiesbaden

Druck
Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden

© Wiesbaden, Dezember 2020

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien, noch von Wahlbewerbern, noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europaparlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, auf welchem Wege oder in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden

HESSEN



finanzen.hessen.de

